

177 // November/Dezember2013

Hallo!
Wow! Wir sind beeindruckt, dass das gewagte Ultimatum einiger Aktivist innen nicht leer im Raum stehen blieb. Toll, wie viele sich von euch für die Rote Flora eingesetzt haben. Und es ist klar, dass Baer und seinen dubiosen Investoren noch ein Haufen Stress bevorsteht. Die Unterstützung der Flora ist übernational und wird sich im Falle einer Räumung ihre Stärke zeigen. Schon jetzt freuen wir uns auf die bundesweite Demo am 21.12., das wird feist!
Großartig sind auch die massenhaften und unterschiedlichen Proteste, die im Rahmen der Unterstützung von „Lampedusa in Hamburg" laufen, hier und in anderen Städten! Wir sind quasi so erschlagen von der Fülle an Aktionen, Demos, Solidaritätsbekundungen etc., dass wir euch hier keine umfassende Chronologie erstellen konnten. Wenn eine r von euch eine solche Sammlung verfassen und weiterführen mag, wäre das ein schicker Artikel für den Zeck-Jahresrükblick im Januar!
Käme dann direkt auf die ersten Seiten!

Für uns heißt es eigentlich, dass wir euch in dieser Ausgabe schon einen guten Start ins neue Jahr wünschen müssten. Das fällt natürlich schwer, wenn uns noch zwei Monate an Aktivitäten, Groß- und Spontandemos, Rathaus- und Hausbesuchen (wie jener am 22.10. bei Olaf in der Schillerstraße 26 in Hamburg-Altona), Grillpartys und Frühstücken mit den Geflüchteten bevorstehen.
Also viel mehr ein „Reingehauen!" von uns und herzlichen Dank für die Geldspenden!!

eure Zecken von der Zeck



Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt	Seite

Kurzes

Veranstaltungsreihe „vom rassistischen normalzustand zum national-sozialistischen untergrund“

Do 07.11. 19 Uhr
Honigfabrik, Wilhelmsburg
»Ein rechtsradikaler Hintergrund kann ausgeschlossen werden« (Otto Schily, 10.06.2004) – Der Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße vom 09.06.2004
Wie Opfer zu Täter_innen gemacht wurden. Wie sind die Ermittlungsbehörden, die Medien und die Politik in der Folge des Nagelbomben-Anschlages in Köln mit den Anwohner_innen umgegangen. Welche Folgen hatte und hat das für die Betroffenen und für die gesamte Community. Was für Wünsche, Hoffnungen und Ängste verbinden die Menschen aus der Keupstrasse nicht nur mit dem Prozess in München. Mit Kutlu Yurtseven von Microphone Mafia und Axel Hoffmann/ Björn Elberling, Anwälte einer Nebenkläger_in aus der Kölner Keupstrasse im Prozess in München.
Im Anschluss Konzert mit Microphone Mafia.

Do 28.11. 19 Uhr
W3, Nernstweg
Struktureller und institutioneller Rassismus am Beispiel des Anti-Muslim-Rassismus
mit Frau Prof. Dr. Iman Attia.

23.11.2013
21. Jahrestag des rassistischen Brandanschlages von Mölln
Die Erinnerung zurück zu erkämpfen – an das Geschehene, an das Vergessene, an das Verschwiegene, an das unter den Teppich Gekehrte, an die Ursachen und die Folgen, an das Davor und das Danach.
Diese Forderungen aus dem letzten Jahr sind aktueller denn je.
Die Erinnerung zurück zu erkämpfen – das machen die Überlebenden des Brandanschlages von Mölln nach wie vor, ebenso wie die Angehörigen der NSU-Ermordeten und viele andere Betroffene rassistischer Gewalt: vor Gericht, in der Gesellschaft, in ihrem Alltag. Das Haus der Familie Arslan wurde am 23.11.1992 von neofaschistischen Tätern mit Molotow-Cocktails angezündet. Bei dem Anschlag wurden die 10jährige Yeliz Arslan, die 14jährige Ayşe Yilmaz und die 51jährige Bahide Arslan ermordet. Weitere Familienmitglieder wurden teilweise sehr schwer verletzt. Zuvor hatten die Neonazis bereits einen Brandanschlag auf die Ratzeburger Straße 13 verübt, wo ebenfalls Menschen türkischer Herkunft wohnten. Neun von ihnen erlitten schwere Verletzungen.
In diesem Jahr wollen die Stadt Mölln und ein neuer Vorbereitungskreis, die Gedenkveranstaltung wieder nach ihren Vorstellungen gestalten. Vorbei an den Interessen der Überlebenden. Und wieder bestimmen, wer wann und wo spricht, und wer überhaupt eingeladen wird.
Jetzt wurde die „Möllner Rede“, als kritische Bestandsaufnahme zum gesellschaftlichen Rassismus und Neofaschismus, aus den offiziellen Gedenkveranstaltungen gestrichen. Es passte nicht in das Konzept, dass die Familie die Redner_innen wie bisher aussuchte. Auch dem antirassistischen Gedenk-Konzert soll kein Platz mehr eingeräumt werden.
Die Frage danach, wer Gedenken gestalten darf, bleibt also auch in Mölln 21 Jahre danach überaus aktuell. Maßstab für das Gedenken sollten die Vorstellungen der Überlebenden sein. Deswegen finden ihre Gedenkveranstaltungen woanders und selbstbestimmt statt. Die „Möllner Rede“ ist in diesem Jahr „im Exil“ in Hamburg. Das Gedenk-Konzert bekommt seinen Platz auf dem Lautsprecherwagen der antifaschistischen Demonstration. Zum Gedenktag laden wir vor dem Brandhaus ein. Die Überlebenden rassistischer und faschistischer Gewalt sind keine Statisten. Sie mundtot zu machen, ist ein Angriff gegen sie als Zeugen des Geschehenen und gegen ihr Erinnern.
Dem Angriff treten wir gemeinsam entgegen – für eine antifaschistische und antirassistische Gesellschaft.
„Freundeskreis im Gedenken an den rassistischen Brandanschlag von Mölln 1992“

Programm
Freitag, 01.11.2013, 19.30 Uhr
Infocafe Anna & Arthur, Katzenstr. 2, Lüneburg: Mobilisierungsveranstaltung
Sonntag, 03.11.2013, 12.00 Uhr
Polittbüro, Steindamm 37, Hamburg: „Nach dem Brand“, Dokumentarfilm von Malou Berlin, Diskussion und Information mit Angehörigen der Familie Arslan (mit Support von Credo-Film)
Samstag 16.11.2013, 11.00 Uhr
Bauhof in Mölln: Demonstration „reclaim and remember“ im Gedenken an Bahide und Yeliz Arslan und Ayşe Yilmaz (mit Support von Johnny Mauser und Microphone Mafia)
Freitag, 22.11.2013, 19.00 Uhr
Kaisersaal, Rathaus Hamburg, Eingang Hauptportal Rathausmarkt:
„Möllner Rede“ im Exil auf Einladung der Linksfraktion Hamburg
Samstag, 23.11.2013, 15.00 Uhr
vor dem Bahide-Arslan-Haus, Mühlenweg 9, Mölln: Gedenken

Kein Bock auf organisierte „Heimatschützer“ und die Militarisierung der Gesellschaft!
- Hamburger RSU- Kräfte indienstgestellt.

Mit der Einführung der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) verfolgt die Bundeswehr das Ziel, sich auch in inneren Angelegenheiten unverzichtbar zu machen. Als Nachfolge der 2007 aufgelösten Heimatschutzbataillone sollen nun die RSUKr die innere Sicherheit gewährleisten – auch und gerade in „Friedenszeiten“. Tatsächlich sitzen Vertreter_innen der Bundeswehr mit am Tisch, wenn ziviler Katastrophenschutz, örtliche Verwaltung, Feuerwehr und THW „Sicherheitsfragen“ besprechen. Sie dringt also zunehmend in zivile (Verwaltungs-)Bereiche vor und macht sich dort breit. Einsätze im Innern werden so zum Normalzustand.
Der Hamburger Ableger der RSUKr wurde am 18.10.2013 in der Hafencity feierlich „indienstgestellt“. Mit einem großen Polizeiaufgebot konnten weiterreichende Proteste verhindert werden.



Reiche Hamburger in Panik vor modebewussten Autonomen

Das autonome Zentrum Rote Flora rief zur „Riot-Couture" in einen Stadtteil der Reichen Hamburgs

In Pöseldorf sind an normalen Tagen Damen und Herren im karierten Sakko und mit echten Golduhren auf der Straße unterwegs, Frauen auch in Kostümen oder teuren Kleidern. In dem kleinen Wohnquartier, beschaulich direkt an der Außenalster zwischen Eichenpark und dem Hamburger Spielcasino gelegen, sind die Villen weiß und die Fußwege schmal. Edelboutiquen reihen sich hier an Antiquitätenläden, eine hochpreisiger als die andere. Ein in sich nahezu geschlossenes Quartier für Fahrer von Sportwagen und Designerkinderwägen. Das Gegenstück zu einem Arbeitslosenschließfach, wie auf der Veddel. Hamburg ist sozial stark segregiert und so verwundert es nicht, dass es außer einer Punkversammlung im Mai 1981, bei der einige Schaufenster eingeschmissen wurden, in diesem distinguierten Ambiente Protestaktionen nicht stattfinden.

Am 24. September war Pöseldorf im Ausnahmezustand: die Kampagne „Flora bleibt unverträglich" hatte zu einer „Autonomen Modenschau" aufgerufen. Hintergrund der Aktion sind seit Wochen kursierende Gerüchte über einen geplanten Verkauf des autonomen Kulturzentrums, dessen Grundstück ein Filetstück für Immobilienhändler sein könnte, wenn dort nicht die Rote Flora stehen würde. Immer wieder genannt wird dabei der Name des Immobilieninvestors Gert Baer als eines möglichen Kaufinteressenten. Baer soll dem aktuellen Eigentümer des Floragebäudes, Klaus-Martin Kretschmer, aus finanziellen Nöten geholfen haben. Fakt ist: Baer sagte für Kretschmer die Zwangsversteigerungen von dessen Immobilien ab. Als Gegenleistung soll Kretschmer Baer die Flora überlassen haben. Der Inhaber einer Consulting-Firma bestreitet dies: Er habe Kretschmer nur beraten. Aus Kreisen der Roten Flora heißt es aber: Baer habe sich erwiesenermaßen ihren Grundbucheintrag angeschaut. „Die Zeichen der Zeit stehen zweifelsohne auf Sturm", schrieb die Solidaritätskampagne „Flora bleibt unverträglich" in ihrem Aufruf zur Modenschau: „Während in der Schanze und in Wilhelmsburg die Trends der kommenden Aufstände zu finden sind, während sich in Steilshoop und Neuwiedenthal die Think Tanks der kommenden Street Art befinden, bilden gutbetuchte, konservative Stadtteile wie Blankenese oder Pöseldorf immer noch die rückständigen Problemviertel der Marke Hamburg von morgen."
Auf dem Plakat für die Modenschau tänzelt vor einer edlen, von pyrotechnischen Explosionen illuminierten Hauszeile ein Autonomer mit schwarzem Hemd, Stiefeln und Gasmaske, im weißen Röckchen auf der Straße. Die lokalen Boulevardmedien erregten sich über den Aufruf:
Die „Rote Flora droht: Wir stürmen Pöseldorf" titelte die Hamburger Morgenpost und Bild Hamburg „300 Chaoten wollen Milchstraße stürmen. Wasserwerfer sollen Pöseldorf schützen!". Der Anlass waren Formulierungen im nicht ohne Selbstironie verfassten Aufruf wie: „Die Menschen haben dort häufig kaum Erfahrung und große Scheu, wenn trendige Sturmhauben, schwarze Helme oder andere innovative Accessoires im Straßenbild auftauchen. Dabei gehören Barrikaden, Scherbendemos oder zerstörte Luxuslimousinen im Fall einer Räumung der Roten Flora bald möglicherweise zum Alltag in genau diesen Stadtteilen."

An der Kundgebung mit „autonomer Modenschau" nahmen am 24. September über 400 Menschen teil – und demonstrierten so für den Erhalt der besetzten Roten Flora. In Pöseldorf auch deswegen, weil Gerd Baer hier unlängst eine Luxuseigentumswohnung gekauft habe, hieß es aus dem Lautsprecherwagen. „Mit hohem finanziellen Einsatz und trotz aller Risiken für sich selbst und das geschäftliche Umfeld in Pöseldorf hat er die Rote Flora in sein Immobilien-Portfolio aufgenommen", so eine Passage des Aufrufs.

„Sie kannten Autonome bisher nur aus der Zeitung? In Ihrer Straße gab es noch keine Vermummten? Pink und Silver halten Sie für ein Duo? Dies wird sich ändern" erklärten die Organisatoren der polizeilich angemeldeten Veranstaltung. Nachdem die Hamburger Morgenpost und Bild-Zeitung daraus Meldungen über angeblich bevorstehende Krawalle und militante Auseinandersetzungen gemacht hatten, äußerten Ladenbesitzer Unmut über die geplante Autonome Modenschau: „Ich finde das Ganze total schwachsinnig. So eine Demo bewirkt gar nichts", zitierte die Morgenpost eine Jessica H., Tanja B. fand die Demonstration „schrecklich und störend für alle", Thomas Stiebritz, Inhaber des Pöseldorfer Vodafone-Shops stellte gleich das Versammlungsrecht in Frage: „Ob Krawalle oder nicht, ich bin sowieso gegen Demos. Das ist doch nur störend und belästigend für alle anderen." Entsprechend schlossen zahlreiche Geschäfte am 24. September früher, einige Inhaber vernagelten vorsorglich ihre Schaufenster mit Spanplatten wegen der befürchteten Ausschreitungen, „Deutsche Bank" und „Pöseldorf Center" meinten obendrein, ihre Kundschaft warnen zu müssen. Ein nahe gelegener Hokkeyclub sagte das Kinder- und Jugendtraining ab, zahlreiche Polizisten patrouillierten vor Läden und Villen.

Tatsächlich blieb es ausgesprochen friedlich. Nach Redebeiträgen zur Situation um die Rote Flora nutzten weitere Initiativen die Kundgebung für Statements zur Situation von Flüchtlingen in Hamburg und zur Mobilisierung für die in mehreren Städten geplanten Mietendemonstrationen vom folgenden Samstag. Die dann in einem durchaus professionellen Rahmen gezeigten „Modestrecken" thematisierten Protestkulturen vom Punk bis Pussy Riot. Begleitet von Musik, einer Lichtshow waren auf einem eigens aufgebauten Laufsteg autonome Straßenkämpfer im Outfit der 80er zu sehen – mit Motorradhelm, Palästinensertuch, weiten Hosen für Wasserflaschen zum Ausspülen von Tränengas, und für den handlichen Bolzenschneider, wie begleitend erläutert wurde. Auch Castor- und BauwagenaktivistInnen zeigten ihre Styles. Letztere hatten sich in einen kleinen Kinderbauwagen gesetzt. Nach zwei Stunden endete die Kundgebung, ohne das die in den Nebenstraßen zahlreich postierte Polizei einen Anlass zum Eingreifen gesehen hatte. Die Polizei hatte es nur zur Auflage gemacht, dass die Accessoires des Straßenkampfes auf dem Laufsteg und im Lautsprecherwagen verbleiben und sich sich nur auf dem Laufsteg vermummt wird.

Eine rundum gelungene Parodie im feinen Pöseldorf. Kreativ, informativ, witzig. Und trotzdem ein Wink mit dem Pflasterstein, was im Falle einer Räumung der Roten Flora an Protesten auf Hamburg zukommen würde.

Gaston Kirsche

Flora bleibt weiterhin unverträglich!

Zur aktuellen Situation der Roten Flora in Hamburg

Seit Mitte diesens Jahres spitzt sich die Situation um die besetzte Rote Flora zu. Die durch den formalen Eigentümer des Gebäudes Klausmartin Kretschmer seit 2009 immer wieder gestreuten Gerüchte um einen Verkauf und die Absicht, die Besetzung des Gebäudes zu beenden, haben konkrete Gestalt bekommen. Im August trat das Projekt daher mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit und informierte über Pläne, nach denen Geldgeber rund um den Hamburger Immobilieninvestor Gert Baer die Flora einer kommerziellen Nutzung zuführen wollen und damit die Besetzung beenden wollen.

Aufgrund der konkreten Bedrohung wurde in einer Vollversammlung bundesweit und international zu Solidaritätsaktionen aufgerufen. Schon bevor bei irgendwelchen neuen Geldgeber_innen Hoffnungen auf fette Gewinne entstehen, soll durch überregionale Schlagzeilen und Abschreckung ein negatives Image des Investorenprojektes entstehen und deutlich werden, dass ein solcher Plan mehr Schaden anrichtet als Gewinne bringt.

Never ending story? Investorenträume vs. autonome Realitäten…

Als Kretschmer im März 2001 die Flora kaufte, war seine Motivation, sich das Filetgrundstück mitten im Schanzenviertel zum Spottpreis von 370 000 DM abzugreifen, um damit nach Ablauf der Vertragsbindung eine traumhafte Rendite zu realisieren. Womöglich hat er außerdem ernsthaft geglaubt, er könne als Eigentümer die Entwicklung des Projekts im Hinblick auf eine wirtschaftliche Verwertung beeinflussen. Mit der unmissverständlichen Absage an jede Zusammenarbeit durch die Nutzer_innen ist dieses Kalkül nicht aufgegangen. Trotz immer wieder mal auftauchender interner Kontroversen und aller Widersprüche zwischen dem Anspruch als unkommerzieller, herrschaftsfreier Raum und der Wirklichkeit existiert die Rote Flora als besetztes Projekt beharrlich weiter und es ist in letzter Zeit verstärkt gelungen, als Ausgangs- und Kristallisationspunkt von politischer Bewegung in Stadt und Stadtteil wieder mehr Außenwirkung zu entwickeln.

Angesichts seiner prekären Finanzlage versuchte Kretschmer deshalb seit 2009, im Hinblick auf das baldige Auslaufen des Kaufvertrags einen Verkauf der Roten Flora öffentlich ins Gespräch zu bringen. Einerseits stets auf der Suche nach externen Geldgebern, versuchte er andererseits bereits mit diesen Plänen, die Stadt erpresserisch zu einem Rückkauf zu bewegen. Diese Strategie ist komplett gescheitert: Der Kaufpreis von fünf Millionen erwies sich als zu hoch gepokert; die Stadt brach die Verhandlungen ab. Verstärkte Aktionstätigkeit und Solidarität zum Auslaufen der Verträge 2011 auch über die autonome Szene hinaus machte klar, dass eine Räumung nicht ohne massiven Widerstand zu haben ist.



In dieser Situation hat der Hamburger Immobilieninvestor und Projektentwickler Gert Baer Kretschmer finanzielle Mittel verschafft, damit dieser seine Schulden bezahlen konnte. Als Gegenleistung wurde Baer die Rote Flora überlassen; nach unseren Informationen ist Kretschmer zwar weiterhin der formale Eigentümer, fungiert aber faktisch nur noch als Strohmann.

Entgegen der offiziellen Verlautbarungen aus der Politik gibt es derzeit keine gerichtsfesten Hindernisse für eine wirtschaftlich lukrative Verwertung des Gebäudes und Grundstücks der Roten Flora. Zwar ist eine Änderung des Bebauungsplans angeschoben worden, entsprechende dort festgeschriebene Rahmenbedingungen zur Nutzung der Roten Flora ausschließlich als Stadtteilkulturzentrum entfalten aber zurzeit noch keine Gültigkeit.

Das ist der Kern der Strategie Gert Baers und hinter ihm stehender Investoren: sie spekulieren darauf, dass eine mit harten Bandagen geführte baurechtliche Klage gegen die angebliche „kalte Enteignung zugunsten der Besetzer“ Erfolg haben kann. In Erwartung bombastischer Gewinne ist der international agierende Baer bereit, auch einen Konflikt mit der Roten Flora und ihren Unterstützer_innen in Kauf zu nehmen. Diese Informationen kamen in den letzten Wochen nach und nach ans Licht, nach ersten Medienberichten, einer Vollversammlung und Pressekonferenz der Roten Flora fand mit einer »autonomen Modenschau« in einem Hamburger Villenviertel Ende September bereits eine erste Protestaktion gegen Investor Baer und sein Umfeld statt.

Zeitlich und öffentlich unter Druck geraten, ließen Baer und Kretschmer die Bombe platzen. In einer Pressemitteilung kündigten sie an, aus der Flora ein sechsstöckiges Gebäude mit Konzerthalle, integriertem Stadtteilkulturzentrum, Büroräumen nebst einer Kita und dreistöckiger Tiefgarage zu machen. Die Konzerthalle soll Platz für 2500 Besucher_innen bieten. Angeblich hätte man bereits einen Investor aus den USA an Land gezogen, der dieses irrwitzige Projekt finanziert.

Offenbar wird die Gründung einer Aktiengesellschaft angestrebt, und auch an uns ist gedacht worden: Wenn wir Kapitalismuskritik und Gewalt abschwören, sei die Vermietung von Räumlichkeiten für Kulturver-



anstaltungen nicht ausgeschlossen.
In der Pressemitteilung kritisieren Baer und Kretschmer darüber hinaus, dass die Hafenstraße in den Achtziger Jahren nicht geräumt wurde und erklären die Rote Flora zu einem gegenteiligen politischen Modellfall. Ziel sei, die Besetzer_innenszene zu demoralisieren und neuen Hausbesetzungen durch die Zerschlagung der Flora in Zukunft keine Perspektive mehr zu bieten bzw. sie zu verhindern. Ihr Angriff richtet sich ideologisch nicht nur gegen die Rote Flora als einzelnes lokales Projekt, sondern sie verstehen ihr Engagement als politisches Statement gegen Hausbesetzungen insgesamt. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung wurden die mehreren hundert Nutzer_innen des Hauses von Baer inzwischen als »kriminelle und terroristische Vereinigung« bezeichnet.
Der Auftakt zum Angriff auf die Flora ist gemacht. Neben langwierigen juristischen Klagen und Prozessen könnte der formale Eigentümer nach wie vor einen Räumungstitel erwirken, durch einen privaten Sicherheitsdienst überfallartig räumen lassen und selbst ein „warme Sanierung“, Brandstiftung, am Gebäude scheint nicht ausgeschlossen.

Auf Beschwichtigungen der Politik werden wir uns keinesfalls verlassen. Sanierungs- und Bebauungspläne können sich ebenso ändern wie die Haltungen von Politiker_innen und Medien. Waren früher Rote Flora und Autonome für die rechte Presse die Verkörperung des Bösen, schlagen heute „Bild“ und „Welt“ allen Ernstes der Stadt einen Kauf der Roten Flora vor, um sie anschließend den Besetzer_innen zu schenken. Eine derartige Kehrtwende, welche die aktuell ablehnende Haltung der Parteien zu einer Räumung der Roten Flora widerspiegelt – ist auch jederzeit in die andere Richtung denkbar. Zudem kommt diese Haltung nicht aus dem Nichts. Sie ist das Ergebnis vielfältiger Aktionen und Proteste, der Solidarität und des Widerstands weit über die autonome Szene hinaus.
Die Absicht des regierenden Senates scheint darüber hinaus vor allem darin zu bestehen, sich selbst aus der politischen Schusslinie zu bringen. Durch Privatisierungen werden unbequeme Entscheidungen über die Privatwirtschaft geregelt, während die Politik ihre Hände in Unschuld wäscht. Dies erinnert nicht nur an die Abriss bedrohten Esso-Häuser, sondern auch an die Auseinandersetzungen um das Ungdomshuset in Kopenhagen.
Von der Roten Flora wurde daher immer klargestellt, dass der aktuelle Konflikt in erster Linie einer um Stadt und Gesellschaft ist. Die Auseinandersetzung geht nicht nur um das Gemäuer am Schulterblatt, sondern ist Teil von und bezieht sich auf die Verhältnisse, die es umgeben. Es geht uns im Kampf um die Flora nicht nur um den Erhalt des Hauses, sondern um die Flora als politisches Projekt und politische Idee.
Die Rote Flora war von Beginn an Teil des Netzwerks Recht auf Stadt. Im März 2011 wurden bei einer Aktion „Grundbuch zerscheppern!“ nicht nur der Grundbucheintrag der Flora, sondern die Einträge vieler umkämpfter Projekte in Hamburg symbolisch zertrümmert. Im Rahmen einer bundesweiten Demonstration mit dem Motto „Stadt selbst machen“ waren die unterschiedlichsten stadtpolitischen Initiativen und Kämpfe präsent und thematisiert. Es gab in den letzten Jahren militante Interventionen, die sich für die Verteidigung der Roten Flora einsetzten. Es gab aber auch Künstler_innen und die Initiative „Not in our name“, die eine Festpielwoche und das Manifest „Ich würds so lassen!“ organisierten.

Auch aktuell verstehen wir den Konflikt um den Erhalt der Flora als unkommerzielles und selbstbestimmtes besetztes Projekt als Teil von weiteren Auseinandersetzungen in der Stadt. Wir kämpfen ebenso gegen den Abriss der Esso-Häuser auf der Reeperbahn, für ein Bleiberecht aller Flüchtlinge und gegen rassistische Kontrollen, Gefahrengebiete und Repression, wie für die Unverträglichkeit der Roten Flora.

Durch breite Solidarität und starke Bewegungen, die sich nicht nur in Verteidigungshaltung begeben, sondern die Veränderung der Verhältnisse zum Ausgangspunkt machen werden wir gemeinsam eine Räumung verhindern. Mit dieser Erklärung laden wir alle ein, sich zum Teil dieser Auseinandersetzung zu machen. Verbreitet diese Erklärung weiter, helft bei der praktischen Arbeit im Projekt, macht solidarische Aktionen oder Soliveranstaltungen, besucht uns in Hamburg bei der bundesweiten Demonstration am 21. Dezember und seid Teil der kommenden Kämpfe.

Aktuelle Infos:
http://florableibt.blogsport.de

Bundesweite Demonstration am 21.12.2013.

Selbstorganisierung statt Repression! Refugee-Bleiberecht, Esso-Häuser & Rote Flora durchsetzen! – Einladungs- und Diskussionspapier zur Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration am 21.12.2013 in Hamburg

Seit einigen Wochen wird eine bundesweite autonome Mobilisierung und Demonstration zum 21. Dezember nach Hamburg diskutiert. Mit diesem Text wollen wir als Kampagne „Flora bleibt unverträglich" über die Hintergründe der Idee informieren, inhaltliche Eckpunkte umreißen, zur Teilnahme und Vorbereitung einladen. Ziel ist eine große Demo mit mehreren tausend Teilnehmer_innen, einem ausdrucksstarkem autonomen Block an der Spitze und einer breiten Beteiligung von Anwohner_innen, Recht auf Stadt und anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Mit der Demonstration wollen wir den besetzten, unverträglichen Charakter der Roten Flora deutlich machen, dass mit massivem Widerstand zu rechnen ist, sollte das Projekt angegriffen werden. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt in den aktuellen Kämpfen, die sich zwischen Schanzenviertel und St. Pauli als Ort mit Austrahlungskraft und Widerstanderfahrung überkreuzen: Erhalt der Esso-Häuser, das Bleiberecht der Flüchtlinge und die radikale Kritik an Repression und Gefahrengebieten.
Mit einer Demonstration am 21.12. zielen wir nicht nur auf den Tag selbst, sondern wollen ein Protestereignis erzeugen, das bereits in den Wochen vor der Demo zu einem Politikum wird und damit neue Räume öffnet für die Auseinandersetzung um die Esso-Häuser, die Situation der Refugees und Thematisierung repressiver Zustände. Wir wollen die bestehenden Konflikte zuspitzen und deutlich machen, dass wir nicht nachlassen in diesen Kämpfen und diese weder aussitzen noch uns mittels Salamitaktik abservieren lassen.
Wir wollen ein neues Konzept für diese Demo und uns trotz der angestrebten Breite auf nur wenige und dafür umso schwungvollere Redebeiträge verständigen und keine langatmigen Zwischenkundgebungen, welche Schwung und Dynamik aus der Demo herausnehmen. Wir wollen eine Demonstration, deren Charakter an der Spitze geschlossen und entschlossen ist, in der gleichzeitig Raum und Orte für Kreativität, unterschiedliche Protestformen und alle Leute vor dem Hintergrund herrschender Bedingungen vorhanden sind. Eine Demo, die unsere Unterschiedlichkeit, aber auch eigene Blöcke und Bereitschaft zur Auseinandersetzung ausdrückt, die sich Repression und möglichen Angriffen entgegenstellt.

Ausgangspunkte
Erste Überlegungen zur Demo entstanden im Anschluss an ein Perspektivtreffen mit Anwohner_innen zur Verteidigung der bedrohten Esso-Häuser auf St. Pauli. Über hundert Bewohner_innen, kiezaffines Gewerbe und Nachbar_innen kämpfen an der Reeperbahn seit Monaten um den Erhalt der Häuser und haben sich in der Vergangenheit immer wieder auch auf andere Kämpfe in der Stadt bezogen. Der Investor Bayrische Hausbau und die Politik haben mittlerweile den Verhandlungstisch verlassen und planen den Abriss des Gebäudes zur Aufwertung und Gewinnmaximierung. Erste Kündigungen wurden vor wenigen Tagen für das Frühjahr 2014 ausgesprochen.
In der Politik und etablierten Medien hat sich eine Haltung breitgemacht, dass der Widerstand auf St. Pauli damit gebrochen, Abriss und Vertreibung beschlossene Sache und unveränderlich sei. „Friss oder stirb" ist das Motto von Politik und Hausbau. Den Hoffnungen, dass der Widerstand gegen die Aufwertung der Esso-Häuser damit gebrochen wäre, wollen wir die bundesweite Mobilisierung entgegensetzen.

Esso-Häuser – es geht ums Ganze!
Die Häuser bilden nach dem Neubau von Brauerei- und Bernhard-Nocht-Quartier einen zentralen Konflikt in St. Pauli-Süd, der weitreichende Folgen haben wird und dessen Bedeutung aus unserer Sicht über den Stadtteil und auch über Hamburg hinaus reicht. Die heterogene Zusammensetzung der Bewohner_innen und der Widerstand von Anwohner_innen auf St. Pauli bildet eine Vielschichtigkeit der Kämpfe ab, die wir richtig und wichtig finden. In dieser sehen wir eine Perspektive für künftige Auseinandersetzungen.
Mit einer bundesweiten Demonstration und autonomen Mobilisierung wollen wir auf der Ebene städtischer Kämpfe an die Form anderer großer Mobilisierungen anknüpfen. Gleichzeitig die Notwendigkeit eines radikalen Widerspruchs deutlich machen, welcher der Frage der Legalität und Verwertbarkeit die der selbstbestimmten Teilhabe, eine Praxis der Aneignung und des gesellschaftlichen Widerspruches entgegensetzt.
Das Einzige, was einen Abriss auf St. Pauli noch verhindern und damit die weitere Gentrifizierung auf St. Pauli stoppen kann, ist der praktische Widerstand auf der Straße. Mit der bundesweiten autonomen Demonstration wollen ein starkes Signal geben, das der Konflikt zwischen Hafenstraße und Roter Flora nicht vor einer Befriedung steht, sondern sich zuspitzt. Eine Großbaustelle und ein weiterer Glaspalast mitten auf St. Pauli bildet einen Konflikt, der auf Jahre hinaus bestehen wird.

Flüchtlingsproteste und Solidarität
Wenn Kämpfe von Anwohner_innen in städtischen Räumen thematisiert werden, gehört auch der Kampf von Flüchtlingen gegen Residenzpflicht, Abschiebungen und menschenunwürdige Unterbringung dazu. Bundesweit haben in den letzten Monaten Flüchtlinge in selbstorganisierten Kämpfen auf sich aufmerksam gemacht. Vor wenigen Tagen sind Hunderte Flüchtlinge vor Lampedusa ertrunken. Die über Leichen gehende europäische Grenzpolitik reicht bis in unsere Straßen und Vorgärten. Hunderte Flüchtlinge übernachten derzeit in vielen Städten auf Straßen und Plätzen. Camps und Zelte werden von Beamten zerstört und angegriffen.
Eine große Gruppe in Hamburg hat sich selbst organisiert, viele von ihnen übernachten in einer Kirche auf St. Pauli. Von der Politik werden grundlegende Versorgungsleistungen wie die Aufstellung von beheizbaren Containern für den Winter verboten und nachbarschaftliche Hilfe verhindert.
Der Umgang mit den Flüchtlingen ist zur Chefsache erklärt worden. Olaf Scholz als Hamburger SPD- und Regierungschef hat eine klare Linie ausgegeben: Möglichst schlechte Lebensbedingungen und keine Hoffnung zulassen, damit Flüchtlinge von selbst zurückkehren. Dieses menschenverachtende Konzept, einen Teil der Bevölkerung einfach Wind und Wetter auszusetzen, ist bereits gängige Praxis beim Umgang mit Wohnungslosen aus Osteuropa und wird nun am Beispiel der Lampedusa Flüchtlinge als Exempel statuiert.

Doch die Refugees stehen in ihren Kämpfen nicht alleine. Sie sind Nachbar_innen und Teil der wilden Mischung, welche seit jeher Hafenstädte und Stadtteile wie St. Pauli geprägt hat. Menschen kommen hierher, bleiben einige Jahre oder für immer. Wir fordern Bleiberecht und Bewegungsfreiheit für alle. Die Situation für die Betroffenen verschärft sich, während in der

Politik Stillstand herrscht. Wir halten auch hier eine radikale Bewegung für notwendig, welche die Grenzen der Legalität verlässt, um der Praxis der Illegalisierung die gesellschaftliche Teilhabe entgegenzusetzen.

Repression und Gefahrengebiete bekämpfen

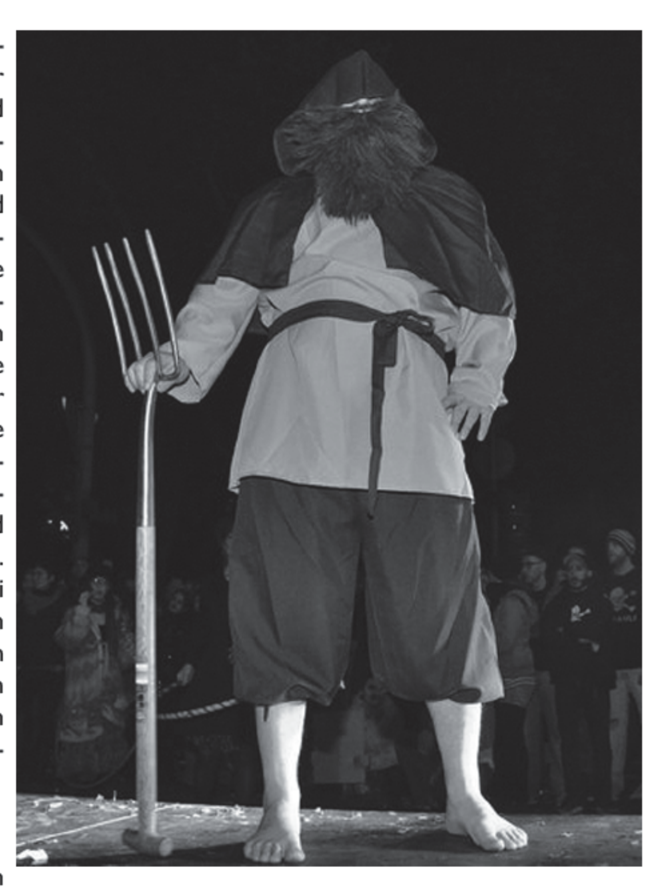
Im Schanzenviertel ist rund um die Rote Flora, wie auch auf der Reeperbahn in St. Pauli, ein so genanntes „Gefahrengebiet" eingerichtet worden. Die Gefahr wird von Seiten der Politik allerdings nicht in den Verhältnissen wie Vertreibung, steigenden Mieten und Gentrifizierung gesehen, sondern in den Menschen, die dort leben oder sich auf der Straße bewegen. Durch verdachtsunabhängige Kontrollen werden die Lebensbedingungen für illegalisierte Menschen dabei noch stärker eingeschränkt und unerwünschte Bevölkerungsgruppen verdrängt.

Nicht nur das europäische Grenzregime begegnet uns in dieser Form auf der Straße wieder, sondern auch die Illegalisierung von Drogen, Armut, Wohnungslosigkeit und Jugendkultur. Polizeiliche Gefahrengebiete sind Orte des Ausnahmezustandes, um herrschende Normen gegen das Leben auf der Straße durchzusetzen. Sie bilden autoritäre Zustände ab und sind flankiert vom Arsenal der staatlichen Überwachung und Repression.

Im Schanzenviertel wird mit dem in diesem Jahr etablierten Gefahrengebiet eine Neuauflage der rassistischen Drogenverbotspolitik der neunziger Jahre betrieben. Damals waren es pauschal als Dealer stigmatisierte Schwarze, die mit dem Verkauf harter Drogen an der Drogenszene im Viertel schuld sein sollten und auch rassistische Ressentiments in der Bevölkerung offenbarten. Heute müssen Gras verkaufende Jugendliche herhalten und das Ressentiment tarnt sich als Gentrifizierungskritik, da dort nicht „Anwohner" sondern „Feiernde von außerhalb" angeblich ihren Stoff kaufen.

Auf St. Pauli soll ein Stadtteil, der immer schon ein Treffpunkt für ärmere, ausgegrenzte und widerspenstige Menschen war, durch eine Ensemble aus Gefahrengebiet Reeperbahn, privatem Sicherheitsdienst am Spielbudenplatz, Business Improvement District, Glaspalästen und Investorenarchitekturen glattgebügelt werden. Hier brütete ein internationales Millieu von Künstler_innen, Anarchist_innen und Kommunist_innen die Pläne für die Revolten von morgen aus, hier kämpften Arbeiter_innen für bessere Lebensbedingungen, hier trafen sich Swing-Jugendliche während des Nationalsozialismus und hier wurde in den Achtziger Jahren die Hafenstraße verteidigt.

Dies war nie widerspruchsfrei, es gibt bis heute auch hier Nazis, rassistische, antisemitische oder sexistische Stimmungen und die unterschiedlichsten kapitalistischen und patriarchalen Interessen. Doch es gab und gibt auch Nischen, Protestkultur, nachbarschaftliche Organisierung und Widerstand. Diese widerspenstigen Räume und Ecken, welche Basis und Ausgangspunkt für soziale Proteste und eine selbstbestimmte Kultur bilden, werden durch Umstrukturierung, Repression und Ausgrenzung bekämpft. Ebenso breit wie wir dabei angegriffen werden, können wir uns dabei aber auch im Widerstand aufstellen um zurückzuschlagen, nicht klein beizugeben, laut und unkontrollierbar zu sein.



Rote Flora verteidigen

In den letzten Wochen wurde deutlich, dass ein Angriff auf die besetzte Rote Flora vorbereitet wird. Zwei Hamburger Investoren wollen das Gebäude mit Hilfe internationaler Geldgeber und einer Aktiengesellschaft zu einer Konzerthalle mit 2400 Plätzen umwandeln. Beim zuständigen Bezirksamt wurde am 4. Oktober ein Bauantrag eingereicht. Ziel ist, im Fall einer Ablehnung eine Klage anzustreben. Das Rad der Geschichte soll 24 Jahre nach der Besetzung der Roten Flora und der Verhinderung des Großprojektes „Phantom der Oper" damit zurückgedreht werden. Klar ist, die Rote Flora wird weder verhandeln noch sonstwie mit der Stadt oder Investoren zusammenarbeiten. Sie bleibt unverträglich und besetzt.

Dennoch sind verschiedene konkrete Szenarien denkbar, wie das Projekt angegriffen werden könnte. Es liegt an uns allen, dies bereits im Vorfeld zu sabotieren und jeden Versuch von Gerd Baer, Kretschmer oder anderen aus dem Projekt Gewinne zu erwirtschaften, zum Scheitern zu bringen. Die Demonstration sehen wir daher als Kampfansage an die Stadt und mögliche Investoren, an alle Rechtspopulist_innen oder religiösen Spinner:

An der Flora gibt es nichts zu verdienen, sie ist und bleibt Problemimmobilie und Teil der Kämpfe von sozialen Bewegungen in Hamburg und weltweit. Als besetztes, unverträgliches Projekt kann sie nicht befriedet werden.

Der Fortbestand der Flora ist immer wieder aufs Neue eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die wir auf dem Terrain der Stadt erkämpfen. Wir wollen nicht in eine Verteidigungshaltung verfallen, sondern unser Begehren nach radikaler gesellschaftlicher Veränderung in politische Intervention übersetzen und die Flora einmal mehr zu einem Kristallisationspunkt von stadtpolitischen Kämpfen machen.

Und nun seid ihr dran

Mit diesem Text haben wir den ersten Rahmen für eine bundesweite Demonstration im Dezember skizziert. Wie die Demonstration stattfinden wird, hängt nun vom Feedback der nächsten Wochen ab. Wir hoffen auf eure aktive Unterstützung und Beteiligung mit eigenen Ideen und Vorstellungen. Wenn ihr die Mobilisierung und Demonstration als Gruppe vor Ort oder in eurer Stadt unterstützen wollt, nehmt Kontakt zu uns auf.

Ihr erreicht uns per E-Mail an florableibt@nadir.org und erfahrt dort Termine für die nächsten Vorbereitungstreffen.

Ein erstes Treffen findet am Donnerstag, den 17. Oktober um 20 Uhr in der Roten Flora statt.

Kampagne Flora bleibt Unverträglich
Oktober 2013

Für das unbeschränkte Bleiberecht von Flüchtlingen! Gegen rassistische Senatsgewalt

Im Hamburger Abendblatt und in der Hamburger Morgenpost wurden heute Angriffe (16. Oktober, Anm. Zeck) und Vorwürfe gegen die Rote Flora als Teil des Protestspektrums der letzten Tage erhoben, die wir so nicht stehen lassen wollen. Wir sehen die Angriffe als Versuch, die Proteste der letzten Tagen zu schwächen, und bekräftigen unsere Aufforderung, dem Senat keine Ruhe mehr zu lassen und dazu auch die Grenzen des Legalen zu übertreten, solange die rassistischen Kontrollen weiter stattfinden.

Unangemeldete Proteste lassen sich nicht auf die Rote Flora reduzieren

Seit Tagen wird in den Medien darüber berichtet, die Rote Flora hätte als Projekt zu den Protesten am Dienstag aufgerufen. Aufgerufen haben verschiedene Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen, die in den letzten Tagen gegen rassistische Kontrollen auf der Straße waren. Auch, aber nicht nur Aktivist_innen der Roten Flora. Die aktuelle Eskalation hat begonnen mit der Durchführung rassistischer Kontrollen, die einzig und allein das Ziel haben, Flüchtlinge aus Lampedusa abzuschieben. In der Folge kam es zu zwei großen Spontandemonstrationen mit Refugees und einer kleineren spontanen Protestaktion von Unterstützer_innen in der Innenstadt. Über das Wochenende zeichnete sich bereits die unnachgiebige Haltung des Senats ab, auf eine gewaltsame und repressive Lösung zu setzen.
Wütend über die weitere Eskalation durch den Senat kamen mehrere hundert Menschen am Sonntag auf einer Vollversammlung in der Roten Flora zusammen und führten am selben Abend eine weitere Spontandemonstration durch. Nach dem faktischen Ultimatum des Senates an die Flüchtlinge zum Mittwoch und der Drohung, Flüchtlinge anschließend zur Fahndung auszuschreiben, wurde aus diesem Kreis zu weiteren Protesten ab Dienstag aufgerufen, sollten die rassistischen Kontrollen nicht eingestellt werden. Die Demonstrationen am Dienstag waren aus unserer Sicht ein starkes Signal gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik des Senats mit 2000 Menschen auf der Straße.

Die Gewalt geht von der Senatspolitik aus

Die angedrohten Abschiebungen der Flüchtlinge nach Italien und die aktuellen Polizeikontrollen von Menschen nach Hautfarbe sind rassistische Gewalt. Die aktuellen Proteste, wie auch die Demonstration am Dienstag, richten sich gegen diesen staatlichen Rassismus. Dabei gibt es unterschiedliche Formen, sich der rassistischen Gewalt entgegenzustellen. Dass die Gewalt von der Senatspolitik ausgeht, zeigte sich auch bei der Demo am Dienstag: Zur Eskalation kam es durch die Polizei, als diese mit großem Aufgebot die Demo aufgestoppt, immer wieder eingekesselt und mit Reizgas und Polizeiknüppeln angegriffen hat, wobei zahlreiche Demonstranten verletzt wurden.

Die Proteste lassen sich nicht in Schubladen einsortieren

Aktuell wird versucht, den vielfältigen Widerstand gegen die rassistische Flüchtlingspolitik des Senats zu spalten in gute und böse Protestgruppen. Wer in den letzten Tagen auf der Straße war, weiß, dass diese Grenzziehungen nicht der Realität des Widerstandes entsprechen: Auf der Demo am Dienstag waren keineswegs nur Menschen aus dem Umfeld der Roten Flora, sondern auch viele Menschen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Zusammenhängen, auch aus sog. „bürgerlichen Gruppen", die genauso Reizgas und Schlagstöcke abbekommen haben wie Menschen aus „autonomen Gruppen" und von denen einige sich genauso durch Flaschenwürfe gegen die Polizeigewalt gewehrt haben. Und auf der Mittwochsdemo der Flüchtlinge überschnitten sich viele der Teilnehmer_innen mit denen der Demonstration vom Dienstag.
Es gibt keine klaren Grenzen zwischen den verschiedenen Strömungen, sondern fließende Übergänge. Und das ist gut so! Denn genau in dieser Breite und in dieser Vielfältigkeit liegt die Stärke eines wirkungsvollen Widerstandes. Der jetzige massive Druck auf den Senat wäre weder alleine durch „friedlichen" Protest, noch alleine durch offensive unangemeldete Demonstrationen entstanden. Die aktuelle bundesweite Öffentlichkeit hat sich daraus ergeben, dass sich beides und noch vieles andere im politischen Raum ergänzt. Dadurch, dass viele unterschiedliche Menschen und Gruppen mit unterschiedlichen Mitteln gemeinsam für das Bleiberecht der Flüchtlinge kämpfen. Das scheinen die Verantwortlichen der Stadt und bei der Polizei verstanden zu haben. Sie versuchen nun, den Widerstand in Schubladen einzusortieren um ihn damit insgesamt zu schwächen.

Es geht ums Bleiberecht

Es geht uns bei den jetzigen Protesten nicht um die Rote Flora. Wir sind uns sicher, dass diese ausreichend Bekanntheit besitzt und breite Solidarität erfährt. Ebenso unsinnig, wie zu sagen, wir wollten die Proteste der Refugees instrumentalisieren, wäre das Argument, wir wollten antifaschistische oder stadtpolitische Proteste instrumentalisieren. Im Gegenteil, eine antifaschistische Praxis gehört ebenso zu unserer Geschichte, wie der Widerstand gegen Repression im städtischen Raum, gegen rassistische Kontrollen und für antirassistische Kampagnen.

Wir erinnern an dieser Stelle an unseren Widerstand gegen die rassistischen Kontrollen gegen „schwarze Dealer" Ende der Neunziger Jahre im Schanzenviertel, gegen die wir, trotz öffentlicher Kritik im Stadtteil, ebenso protestiert haben wie heute. Es ging den Protesten am Dienstagabend, einzig und allein darum, der aktuellen repressiven Machtinszenierung von Olaf Scholz und seiner rassistischen Flüchtlingspolitik einen breiten gesellschaftlichen Widerstand entgegenzusetzen. Die Forderungen der Refugees sind klar formuliert: Einstellung der rassistischen Kontrollen und unbeschränktes Bleiberecht.

Der Widerstand geht weiter!

Der Senat hat die Gelegenheit, diesen Forderungen nachzukommen und die aktuelle Eskalation politisch zu beenden. Die einzigen, die in Hamburg derzeit einer politischen Lösung für die Flüchtlinge im Wege stehen, sind Scholz und Neumann.

Der Konflikt spielt sich nicht nur zwischen dem Senat und Geflüchteten ab, sondern ist eine gesellschaftliche Frage, die alle angeht und politisch auf der Straße entschieden wird. Wir werden die Proteste nicht beenden, solange die Kontrollen weitergehen und Abschiebungen nach Italien das erklärte Ziel des Senates sind. Wir sehen uns dabei als einen Bestandteil von vielfältigen Protesten, die sich in den nächsten Tagen überall weiterentwickeln müssen.

Bleiberecht für Alle – Stoppt die rassistischen Kontrollen!

Aktivist_innen für Bleiberecht statt Repression und rassistischen Kontrollen

70 Jahre „Operation Gomorrha" - Der vergessene Mustergau Hamburg

Die Erinnerung an die Geschichte des Nationalsozialismus wird jenseits der offiziellen Gedenkpolitik auch im Alltäglichen vermittelt. Die familiäre Erzählung der großflächigen Bombardierung Hamburgs durch die RAF überlagert in der deutschen oral history die Gräueltaten der NS-Volksgemeinschaft im Mustergau Hamburg. Neonazis spielen – anders als in Dresden - nur am Rand eine Rolle im hanseatischen Opferdiskurs.

In den innenstadtnahen Stadtteilen Hamburgs, besonders östlich der Alster, sind sie an vielen wiederaufgebauten Mehrgeschosshäusern zu sehen: Tontafeln, mit dem Hamburger Wappen und dem Hinweis: „Zerstört 1943, wiederaufgebaut ...". Die Tafeln kommen von der städtischen Baubehörde und sind im Alltag präsenter als das offizielle Mahnmal, dass an die Bombardierung Hamburgs im Sommer 1943 erinnert: Der Turmrumpf der Kirche St. Nikolai, der nach dem 8. Mai 1945 als Ruine restauriert wurde und zum städtischen Mahnmal „für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" erklärt wurde. Der markante Kirchturm diente den Piloten der britischen Royal Air Force, RAF, bei ihrem Anflug auf Hamburgs Osten als Orientierungsmarke. In den Stadtteilen ringsherum blieb kein Haus stehen.
Vom 25. Juli bis 3. August 1943 flogen die britische RAF und die US Air Force mit bis zu 1000 Bombern Angriffe auf Hamburg. Die werden meist als die bis dahin schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges bezeichnet. Befohlen wurde das „Carpet Bombing" von Luftmarschall Arthur Harris. Harris wies darauf hin, dass die Deutschen diese Strategie in den 2. Weltkrieg eingeführt hatten, sie bereits unmittelbar nach dem Beginn des Einmarsches begonnen hätten, polnische Städte zu bombardieren. Und bereits zuvor im Spanienkrieg mit der Bombardierung der baskischen Kleinstadt Gernika am 26. April 1937 die flächendeckende Bombardierung erprobt hätten. Wo in Gernika der Durchhaltewillen der AnhängerInnen der spanischen Demokratie gegen den reaktionären Militärputsch von General Franco gebrochen werden sollte und in Polen von den Deutschen bevorzugt Städte mit jüdischen Vierteln bombardiert wurden, ging es Luftmarschall Arthur Harris und seinem Premier Winston Churchill ebenfalls um ein Brechen des Durchhaltewillens – allerdings diesmal der als Aggressor unter Führung der Nazis agierenden deutschen Volksgemeinschaft, die bereits halb Europa in Schutt und Asche gelegt hatte. Goebbels umjubelte Rede im Berliner Sportpalast für die Führung eines „totalen Krieges" lag ein halbes Jahr zurück – auch die Niederlage bei Stalingrad hatte nicht zu einem Nachlassen der deutschen Kampfkraft an den Fronten und bei der Kriegswirtschaft im Hinterland geführt. Es ging – nicht nur im Rahmen der militärischen Logik - um eine schnellere Beendigung des von Deutschland geführten Angriffskrieges. Hamburg war ein Zentrum der deutschen Rüstungsproduktion und der Seekriegsführung, auch der Nachschublinien für die Wehrmacht. Nach der Operation Gomorrha, wie der Dekname für die Bombardierung Hamburgs lautete, gab es ähnliche Flächenbombardements in Kassel, Braunschweig, Magdeburg, Dresden, Pforzheim, Mainz, Würzburg und Hildesheim. Die meisten Toten gab es in Hamburg, damals mit 1, 5 Millionen EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt des Deutschen Reiches. Bei der Operation Gomorrha starben weit über 30.000 Menschen, etwa 125.000 wurden verletzt. Wie viele Menschen aus den Bomberbesatzungen starben, blieb unerwähnt. Bekannt ist aber, dass im II. Weltkrieg die Hälfte der Besatzungen der RAF bei den Einsatzflügen starb.

Für die Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943 gibt es in Hamburg einen feststehenden Namen: Feuersturm. In diese Nacht waren die eng bebauten Arbeiterwohnquartiere von Hammerbrook bis Barmbek das Ziel der Spreng- und Brandbomben. Es entstand eine mächtige Feuerwalze, die den Sauerstoff so stark anzog, dass Menschen mit ins Feuer gesogen wurden, im glühenden Asphalt einsackten, nahezu verdampften. Wolf Biermann erzählte Jahrzehnte später, wie seine Mutter ihn und sich rettete, in dem sie in einen Fleet sprang. In alteingesessenen Hamburger Familien gibt es wohl kaum jemanden, dem nicht etwas Vergleichbares erzählt wurde. Dass wurde auch in den größeren Medien Hamburgs wiederholt aufgegriffen – in einer ähnlichen Diktion wie Berichte von der großen Flutkatastrophe im Februar 1962[1]. Bereits Anfang 2013 gab es eine Ausstellung zu den Auswirkungen der „Operation Gomorrha" auf der Elbinsel Wilhelmsburg[2]. In der „Welt" hieß es aus diesem Anlass, dass „die Royal Air Force den Bombenkrieg perfektionierte"[3], im „Hamburger Abendblatt": „Es sind die bis dahin schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges"[4]. Der Feuersturm oder die Hamburger Bombennächte, wie sie auch genannt werden, ist eine auf Familientreffen an die nachfolgenden Generationen weitergegebene Erzählung[5]. Anders als bei Wolf Biermann, der über den Nationalsozialismus auch noch anderes erzählt, ist für viele HamburgerInnen der Feuersturm das wichtigste Ereignis der Nazizeit. Biermanns Vater Dagobert war ein kommunistischer Widerstandskämpfer, der im Hamburger Hafen auf der Werft, wo er arbeitete, Beweise dafür sammelte, dass dort Schiffe für die Putschisten um Franco in Spanien gebaut wurden, der sabotierte, wo er konnte. Und der im KZ Auschwitz vergast wurde, als Jude, als Kommunist.

Dem gegenüber konstituiert sich die Mehrheit der autochthonen HamburgerInnen in einem Opferdiskurs als postnationalsozialistische, deutsche Schicksalsgemeinschaft – dadurch, dass sie neben dem Leid ihrer Vorfahren in ihrer aktiven Erinnerung keinen Platz für die Leiden der Opfer des Nationalsozialismus einräumen. Dies zeigt sich anschaulich in mündlichen Familienüberlieferungen und in der oral history, wenn Alteingesessene aus ihrem Leben im Hamburg der Nazizeit erzählen. Oft ist dann nur verkürzt von der „Kriegszeit" die Rede, und von der Steckrübenzeit danach. Nicht alle sind dabei so direkt wie Jochen Rodenbeck, der den Feuersturm auf der Uhlenhorst erlebte und im Extraheft der Hamburger Morgenpost zur Operation Gomorrha erklärte: „Ende Juli 1943 hörte der Krieg auf, ein Spiel zu sein". Auch in den anderen im Extraheft abgedruckten Schilderungen von ZeitzeugInnen geht es nur um deutsche Opfer[6].

Die offizielle Gedenkpolitik nennt selbstredend immer auch die NS-Opfer mit. Beim genaueren Hinschauen zeigt sich aber auch hier eine klare Hierarchisierung des Erinnerns: Wo an jedem zerbombten, wiederaufgebauten Haus eine entsprechende Tontafel hängt, so finden sich entsprechend präsente Tafeln, die an die 1299 Zwangsarbeiterlager in Hamburg erinnern, nicht. Auch nicht an den 928 Betrieben, die Zwangsarbeitende beschäftigen. Bezeichnend: Das Grab für 140 sowjetische Zwangsarbeiterinnen, die bei einem späteren Bombardement starben, liegt weitab vom großen Massengrab für die Todesopfer der Operation Gomorrha. Die jungen Frauen, zwischen 14



und 25 Jahren alt, mussten in einer Fabrik von Valvo Phillips Röhren für Radios und Fernmeldegeräte sowie Glühbirnen produzieren und durften wie alle ZwangsarbeiterInnen und Häftlinge aus den 20 Nebenstellen des KZ Neuengamme in Hamburg nicht in die Schutzräume. So starben sie 1944, geduckt in einen Graben. Während an dem beeindruckend großflächigen Bombenopfer-Sammelgrab auf dem städtischen Friedhof Ohlsdorf jährlich offizielle Kranzniederlegungen stattfanden, 1952 im Mittelpunkt des Sammelgrabs ein Mahnmal erreichtet wurde - ein monumentaler quadratischer Sandsteinblock – so organisiert das Gedenken an die Valvo-Frauen nicht die Stadt, sondern kontinuierlich die VVN, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes7 - seit einigen Jahren im Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest, wodurch die Aufmerksamkeit etwas erhöht wurde.

Zu den Toten der Bombardierungen gehörten zahlreiche ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene - Ende Juni 1943 waren in Hamburg gut 66.000 ausländische Zwangsarbeitende registriert.
Im Chaos der Luftangriffe versuchten viele von ihnen zu fliehen. So in der Nacht zum 30. Juli auch 72 von 100 sowjetischen ZwangsarbeiterInnen aus dem Krankenhaus St. Georg. Die Reaktion der Krankenhausleitung ist dokumentiert. Sie alarmierte umgehend die Gestapo, die auf der Stelle acht der nicht geflohenen Sowjets vor den Augen der Mitpatienten per Genickschuss ermordete. Erst seit September 1989 erinnert auf Initiative der Geschichtswerkstatt St. Georg ein kleiner Gedenkstein auf dem Krankenhausgelände daran.
Zu den gefährlichsten Räumungsarbeiten in den Trümmern, dort, wo viele nicht explodierte Bomben lagen, wurden Zwangsarbeitende und KZ-Häftlinge gezwungen. Wer sich weigerte, ohne Schutzanzüge und Maske verwesende Leichen zu bergen, wurde sofort erschossen. Graf Georg Henning von Bassewitz-Behr, Hamburgs SS- und Polizeiführer, verschärfte umgehend nach den Bombenangriffen den Kurs gegenüber den Zwangsarbeitenden und erließ eine entsprechende Direktive. Himmler schickte darauf ein Telegramm nach Hamburg, in dem er das „scharfe Durchgreifen“ lobte.
Im offiziellen wie im privaten Gedenken wird hiervon geschwiegen, obwohl es nicht an markanten Ereignissen mangelt. Am 16. August 1943 schrieb Generalmajor Liessem, als höherer SS- und Polizeiführer für Norddeutschland zuständig, in einem Bericht: „Ausländer haben sich zum größten Teil schlecht benommen. Sie sahen bereits den kommenden Sieg. Ein Werk wurde von Ausländern besetzt und musste durch Marine-Soldaten mit Gewalt erobert werden.“
Aber wer nicht von der gewalttätigen Ausbeutung der NS-Opfer in Hamburg sprechen will, sich nicht in dem eigenen selbstreferenziellen Opferdiskurs stören lassen will, schweigt lieber davon, dass die Bombardierung Hamburgs, eben für die Zwangsarbeitenden und KZ-Häftlinge auch ein Zeichen des nahenden Sieges über die Deutschen und ihre Wehrmacht war.
Der Hamburger Gomorrhadiskurs verliert in seinem indifferenten Gedenken an „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“, in seiner Diffusität jede Schärfe gegenüber dem Nationalsozialismus. So schreibt die unabhängige Freie Akademie der Künste im Begleittext zur am 15. August begonnenen Ausstellung „Die erwartbare Katastrophe“: „...die Operation Gomorrha prägte sich als tiefste Zäsur des 20. Jahrhunderts in das Hamburger Stadtbild ein.“8 Bezeichnend, dass trotz der ja vorhandenen Gedenkstätten, die an den nationalsozialistischen Terror und die Shoah erinnern, bis hin zum KZ Neuengamme, die in Hamburg „tiefste Zäsur“ die Bombardierung 1943 gewesen sein soll. Eine tiefere Zäsur als die Naziherrschaft in Hamburg, die mit ihren Orten des Terrors, der Machtentfaltung, der Volksgemeinschaft, der Blut-und-Boden-Ideologie das Stadtbild nachhaltig geprägt haben – von den Außenstellen des KZ bis hin zur völkischen motivierten Anlage von Wohnvierteln? In einer unschönen, offiziösen Form ist Gedenken im Stadtbild am Dammtorbahnhof präsent: Dort wurde 1936 von den Nazis ein Kriegerdenkmal errichtet – ein riesiger Steinblock mit marschierenden Soldaten und der Inschrift: Deutschland muss Leben, auch wenn wir Sterben müssen. Der Hamburger Senat hat auf die Forderungen linker Gruppen nach einem Abriss dem Kriegsklotz zur Hochzeit der westdeutschen Friedensbewegung ein paar kleine Skulpturen des Bildhauers Alfred Hrdlicka gegenübergestellt, die den Feuersturm zeigen, die Opfer – und, aber das wird kaum beachtet, Hrdlicka schuf auch eine Skulptur für Häftlinge des KZ Neuengamme, die durch britisches Bombardement starben. Die Britische Besatzungsmacht wollte den Kriegsklotz sprengen – der erste Nachkriegssenat verhinderte dies. Jetzt gibt es einen neuen Anlauf eines antifaschistischen Bündnisses für ein Deserteursdenkmal, welches den Kriegsklotz ersetzen soll. Es braucht keine prophetischen Gaben, um darauf zu kommen, dass der Hamburger Senat wieder be-

stenfalls eine die durch die neue Initiative geweckte kritische Öffentlichkeit sättigen sollende Gedenkbeilage neben dem Kriegsklotz drapieren wollen wird. Es ist angerichtet!
Der Hamburger Senat hat für 2013 ein „Gedenkjahr“ ausgerufen: "Es ist wichtig, das kollektive Gedächtnis Hamburgs und die Erinnerung an das menschenverachtende Unrecht des Nationalsozialismus und die Schrecken des Zweiten Weltkriegs wachzuhalten", so Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Dorothee Stapelfeldt, SPD, anlässlich der Vorstellung der Website zum Gedenkjahr9. Und Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, ebenfalls SPD, pflichtete ihr bei: "Unsere Website soll dazu beitragen, dass die vielen engagierten und aufrüttelnden Erinnerungsprojekte in unserer Stadt zahlreiche Zuschauerinnen und Zuschauer finden.“ Bezeichnenderweise stand kurz nach dem Start im Februar kaum etwas zum Nationalsozialismus auf der Site, aber dafür schon ein Hinweis Jahrestag der Operation Gomorrha: „Gedenkveranstaltung und Ausstellungseröffnung im Mahnmal St. Nikolai“. Die dortige Ausstellung zum Gomorrha-Gedenken wird für den Publikumsverkehr am 1. September größer als bisher wiedereröffnet10. Im Sommer stehen auf der Gedenkseite die Veranstaltungen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Ohlsdorfer Friedensfestes, mit dem ein Bündnis von VVN über ver.di bis hin zur Kriegsgräberfürsorge vom 20. Juli bis zum 4. August mit Veranstaltungen am Sammelgrab der Bombenopfer Präsenz zeigten, in denen nicht die Deutschen als Opfer der Bombardierungen im Mittelpunkt standen – im Gegenteil wurde gezeigt, wie antifaschistisch gedacht werden kann. Das Ohlsdorfer Friedensfest gibt es seit 2009 und Schwerpunkt ist es, ein kritisches Gedenken im Zusammenhang mit den alliierten Bombardierungen zu etablieren. Antifaschistische Gruppierungen haben hier die Möglichkeit, eigene, auch staatskritische Veranstaltungen durchzuführen. „Es hat eine gänzlich andere Qualität, als noch vor 10 Jahren bei den Gedenkfeiern in Ohlsdorf“, so Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts, dass das Friedensfest mitveranstaltet gegenüber dem Autor: „Die Gedenkpolitik im Rahmen des Ohlsdorfer Friedhofes hat sich in den letzten fünf Jahren verschoben.“ Dadurch können jetzt Neonazis dort auch nicht mehr ihre geschichtsfälschenden Kundgebungen abhalten wie bis 200711. Die Hamburger Innenbehörde hatte die Nazikundgebungen genehmigt und mit Polizeipräsenz begleitet. Erst als linke Antifagruppen dagegen offensiv protestierten, wurde die Friedhofsverwaltung aktiv und verbat sich das Nazigedenken. Dass Hamburger Abendblatt interviewte im Juli den Pressesprecher der Friedhofsverwaltung Lutz Rehkopf zum Ohlsdorfer Friedensfest, liess aber das Engagement der Antifagruppen außen vor, stellte es so dar, als ob die Verwaltung von sich aus aktiv geworden sei12.
Beim offiziellen städtischen Gomorrha-Gedenken früherer Jahrestage wurde das Ausmaß der Zerstörung durch die Bombardierung wesentlich eindrücklicher beschrieben und bebildert als alle Naziverbrechen13. Insbesondere zu dem offiziellen Gedenken 2003 hat der Historiker Malte Thießen eine sehr informative, im Internet frei zugängliche ausführlicher Untersuchung veröffentlicht14. Auch dazu, wie der Eindruck erweckt wurde, die Operation Gomorrha wäre die Stunde Null für Hamburg gewesen. So als ob es danach mit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft vorbei gewesen wäre und alle nur noch auf das Ende gewartet hätten.

Wenige Wochen nach dem Hamburger Feuersturm hatte die Rüstungsproduktion in Hamburg mit „deutschem Durchhaltewillen“ schon wieder 80 Prozent des Leistungsniveaus vor Gomorrha erreicht. Noch fast zwei Jahre leisteten die HamburgerInnen ihren Beitrag zum Krieg. Sie gaben erst auf, als am 3. Mai 1945 die ersten britischen Panzer über die Elbbrücken rollten. Unbeirrt von den Bombardierungen auch weiterer Städte. Ralph Giordano, der die Operation Gomorrha in Hamburg-Barmbek überlebte, betonte: „Am Morgen nach der Nacht, in der Dresden unterging, also am 14. Februar 1945, fuhr der letzte Transport Hamburger Juden nach Theresienstadt ab“. René Senenko, aktiv in der Ohlsdorfer Geschichtswerkstatt Willi-Bredel-Gesellschaft, brachte es gegenüber dem Autor auf den Punkt: „Das Schicksal Hamburgs wurde nicht 1943 besiegelt, sondern 1933“.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage)

Beiträge zur Diskussion dieses Artikels bitte an: mail@gruppe-bricolage.org

1) Vgl. etwa einen NDR-Beitrag vom 21. Januar 2013: „Bis heute sieht man den Straßen in Barmbek an, wo sie gekittet wurden. Von der 'Operation Gomorrha' blieb hier fast keine Familie unversehrt. Denen, die das erlebt haben, steckt noch der Schrecken in den Knochen.“ http://www.ndr.de/kultur/kunst_und_ausstellungen/hamburg/feuersturm107.html
2) 1943: Operation Gomorrha - das Bombardement auf den Elbinseln“, BallinStadt, 21. 01. bis 31.03. 2013, www.ballinstadt.de
3)Welt 22. Januar 2013, Artikel: „'Operation Gomorrha“ - Die Bombardierung Hamburgs setzte neue Maßstäbe“
4)Hamburger Abendblatt, 01. Februar 2013, Artikel: „Gomorrha auf den Elbinseln“
5) In Norddeutschland auch über Hamburg hinaus: „Vor 70 Jahren: Hamburgs schrecklichste Nächte“ ist etwa ein ganzseitiger Artikel in der Dithmarscher Landeszeitung vom 20. Juli 2013 überschrieben, in dem nur ein Halbsatz zur Vorgeschichte, den Verbrechen der deutschen Luftwaffe enthalten ist.
6) Hamburger Morgenpost, 24. Juli 2013, Titelseite: „Heute vor 70 Jahren begann das Bomben-Inferno – Die Nacht als Hamburg unterging - 40.000 Tote im Feuersturm – Augenzeugen erinnern sich: 'als die Stadt zur Hölle wurde – zwölf Seiten Beilage“. Dazu ein Foto von einem Lancaster – Bomber.
7) 2004: archiv.avanti-projekt.de/p_antifa/pdf/HH_040131_PR.pdf,
2005: http://www.infoarchiv-norderstedt.org/termine/gedenkkundgebung-zum-internationalen-frauentag.html
8) http://www.erwartete-katastrophe.de/downloads.html/Programm
9) www.hamburg.de/gedenkjahr-2013
10) http://www.mahnmal-st-nikolai.de/
11) http://hamburg.vvn-bda.de/2013/07/09/friedensfest-ohlsdorf/
12)http://www.abendblatt.de/hamburg/article118224242/Das-Ohlsdorfer-Friedensfest-ein-Sieg-ueber-die-Neonazis.html
13)Vgl. http://www.bombenkrieg-gegen-hamburg.de/. Auf dieser von Professor F. C. Gundlach, dem ehemaligen zweiten Bürgermeister Hamburgs, Ingo von Münch und dem damaligen Leiter der staatlichen Landesbildstelle, Dr. Joachim Paschen 1993 initiierten Gedenkseite finden sich zahlreiche Trümmer- und Opferfotos. Einleitend heißt es: „Von den Luftangriffen, welche die Stadt Hamburg im Juli 1943 im Zuge der 'Operation Gomorrha' heimsuchten....“. Hervorhebung von mir. Heimsuchung laut Duden = Martyrium, Unglück, Schicksalsschlag.
14) Malte Thießen: Gedenken an Hamburgs „schrecklichste Stunden“. Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute. Historicum.net, Themenportal Bombenkrieg (9. März 2005), http://www.bombenkrieg.historicum.net/themen/hamburg.pdf

DOKUMENTATION : Zentrale Ausländerbehörde Hamburg mit Farbe markiert

Wir haben in der Nacht von Sonntag 20.10. auf Montag 21.10.2013 die Zentrale Ausländerbehörde in Hamburg mit roter Farbe makiert. Wir haben es satt das Menschen im Auftrag der Ausländerbehörde abgeschoben werden. Wir haben es satt das Menschen im Auftrag der Ausländerbehörde gejagt werden wie man am Beispiel der Lampedusa Flüchtlinge momentan sehen kann. Natürlich gibt es auch noch viele andere rassistische Kontrollen gegen Menschen mit eventuellen Migrationshintergrund, gerade am Hamburger Hauptbahnhoff oder am Hamburger Flughafen gegen die vorgegangen werden muss.

Dies war eine Solidaritätsaktion zu vielen Menschen die abgeschoben wurden oder werden sollen. Gerade zu mindestens 2 Menschen die sich ihr Leben genommen haben, nämlich Yeni P. Und Wadim die es leider nicht geschafft haben gegen das System

Fall Yeni P: Unter anderen brachte die Zentrale Ausländerbehörde Yeni P im Jahr 2010.in Untersuchungshaft die nahtlos in Abschiebehaft überging. Yeni P. landete im Frauengefängnis Hahnöfersand in dem sie den Selbstmord begann. Denn Yeni P. hatte Angst vor der so genannten "Rückführung" in ihr Heimatland, Angst vor der von zwei Bundespolizisten begeleiteten Abschiebung im Flieger, Angst davor, in Indonesien im Gefängnis zu landen - das belegten ihre Abschiedsbriefe.

Fall Wadim: Seine Eltern erhalten in Deutschland aufgrund ihrer schweren psychischen Erkrankung eine Aufenthaltsgenehmigung. Wadim selbst unterliegt seitens der deutschen Behörden einer Einreisesperre, da er, wie in solchen Fällen üblich, die Kosten seiner Abschiebung tragen soll, dieses aufgrund seiner minimalen Einkünfte und der prekären Lebensverhältnisse der kranken Eltern aber nicht kann. Er reist mehrmals illegal nach Hamburg, das er als seine Heimat betrachtet. Die Eltern drängen ihn jedoch aus Angst vor einer erneuten Abschiebung dazu, sich anderswo ein neues Leben aufzubauen. Nachdem er die letzten Wochen zuvor mit seinen Freunden in Hamburg verbracht hat, nimmt sich Wadim am 20. Januar 2010 im Alter von 23 Jahren das Leben, indem er sich vor eine Hamburger S-Bahn wirft.

Faktische Abschaffung des Asylrechts in der BRD Am 26.5.2013 jährte sich die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl zum 20. Mal. Doch die Demontage des Asylrechtes begann weit vor 1993. Der Grundgesetz-Änderung ging eine Welle von rassistischen Übergriffen und Anschlägen voraus, die in dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 und dem tödlichen Brandanschlag von Mölln im November 1992 gipfelten. Die durch Medien und politische StichwortgeberInnen aufgeheizte gesellschaftlichen Stimmung machte schließlich den Weg für dentiefgreifendsten Einschnitt in die deutsche Asylgesetzgebung frei. Die notwendige 2/3 Mehrheit zur Änderung des Grundgesetzes gewährleisteten die Stimmen der Regierungsfraktionen von CDU/ CSU, des kleinen Koalitionspartners FDP und der sich in der Opposition befindenden SPD, die sich damit von eigenen Grundsätzen verabschiedete.

Außengrentzen der Europäischen Union Die Flüchtlingstragödie vor Lampedusa, die über 300 Menschen das Leben gekostet hat, ist die Spitze des Eisbergs. Seit 1988 starben 19.144 Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen. Mit Hilfe eines mörderischen Grenzregimes will man sich dann jene Menschen vom Leib halten, die vor Krieg und Elend flüchten. Diesem Zweck dient die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX, an der auch Österreich beteiligt ist. Das tägliche Geschäft von Frontex ist illegalen Rückschiebungen, das Abfangen und 'Umdrehen' der Bootsflüchtlinge. Dabei sterben tagtäglich mehre tausende Menschen.

Wir fordern die Abschafung von Dubblin II und der Residenzpflicht Die Dubblin II Verordnung regelt, welcher Mitgliedstaat für einen im Geltungsbereich gestellten Asylantrag zuständig ist. Damit soll erreicht werden, dass ein Asylsuchender innerhalb der Mitgliedstaaten nur noch ein Asylverfahren betreiben kann. Welcher Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, wird durch die in der Verordnung genannten Kriterien bestimmt. Stellt der Asylsuchende dennoch in einem anderen Mitgliedstaat seinen Asylantrag, wird kein Asylverfahren mehr durchgeführt, sondern der Asylsuchende an den zuständigen Staat überstellt. Das Rückgrat der Dublin-II-Verordnung ist die europäische Datenbank Eurodac , die den Asylbehörden bei der Prüfung ihrer Zuständigkeit Anhaltspunkte dafür liefert, ob der betreffende Antragsteller bereits in einem andern Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt hat und/oder wann und wo er illegal die Außengrenzen des Geltungsbereichs der Verordnung überschritten hat.

Die Residenzplicht Die Einschränkung der Reisefreiheit für Asylsuchende unsichtbare Grenzen in Deutschland geschaffen. Politisch gezogene »innerdeutsche Grenzen« tasten die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Asylbewerber in ihrem Wesensgehalt an. Mit der Residenzpflicht wird die Versammlungsund Meinungsfreiheit für Asylsuchende eingeschränkt. Möglichkeiten, soziale Kontakte zu pflegen, werden behindert. Flüchtlingskinder können mit anderen Kindern in der nah gelegenen Stadt nicht zusammentreffen.

Intensive Rassistische Kontrollen in Hamburg In St.Georg und St.Pauli führt die Hamburger Polizei seit den 11.10.2013 intensive rassistische Kontrollen durch. Dabei wird gezielt nach den Lampedusa Flüchtlingen gesucht, was von Olaf Scholz (Bürgermeister Hamburg) , Michael Neumann (Innenminister Hamburg) und der Zentralen Ausländerbehörde in Auftrag gegeben wurde. Sie streiten es ab, dass es Rassismus wäre was die Hamburger Polizei dort als Auftrag bekommen hat. Aber wie nennt man es dann wenn die Polizei gezielt nach Menschen mit dunkler Hautfarbe „fahndet"?

Wir nennen es puren Rassismus!

Rassimus den es nicht erst seit den 11.10.2013 in Hamburg gibt. Immer wieder kommt es verteilt in Hamburg zu rassistischen Kontrollen z.B. im Schanzenvietel beim Flora Park, wo die Polizei immer wieder Kontrollen durchführt. Auch schon bevor am 1.06.2013 das Gefahrengebiet eingerichtet wurde. Was inzwischen „erstmal" wieder abgeschaft wurde. Damit wird sich aber nicht viel an der Situation der rassistischen Kontrollen ändern. Den die werden weiterhin sicherlich genau so oft stattfinden wie vorher.

Wir werden nicht einfach abwarten bis alle Flüchtling, gerade von der Lampedusa Gruppe abgeschoben sind. Wir werden keine rassistischen Kontrollen einfach so hinnehmen. Wir werden weiterhin mit unangemeldeten Spontis lautstark durch die Stadt ziehen. Wir werden uns überregional vernetzen zu anderen Gruppen, um bundesweite Aktionen zu kordinieren. Da immer wieder Polizeieinheiten aus anderen Bundesländer geholt werden was dann wohl schwierig wird, wenn die Einheiten selber bei sich beschäftig sind.

Ein gemeinsames Bleiberecht für die Lampedusa Gruppe !

Paragraph 23 für alle Flüchtlinge!

Keine rassistischen Kontrollen mehr weder in St.Georg, St.Pauli oder sonst wo!

Den Rücktrit von Olaf Scholz und Michael Neumann den Rassisten brauch keiner!

Anti Racism Group Hamburg

DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION :

26. August: Strafjustizgebäude angegriffen

Was Bullen und andere Staatsdiener_ikenen auf den Straßen mit Kontrolle und all der Repression durchsetzen, wird vom Gericht legitimiert und vollendet. Tagtäglich entscheiden sie in ihrem Theater der "Gerechtigkeit" über die Zukunft von Menschen, strafen sie, sperren sie ein und zerstören Leben. Ein paar Steine und etwas Farbe scheinen nicht viel gegen so ein Gebäude der Macht aber die Idee von einem freien Leben ist ihr größter Alptraum, denn es würde ihr Ende, das Ende der Unterdrückung, bedeuten!
Möge dieser Angriff denen, die auf der Anklagebank sitzen Kraft geben und all den anderen, die als Angestellte oder Spitzel das Gericht betreten, mehr als den Tag versauen!
Kraft für die, die in Berlin am 14. August von Hausdurchsuchungen betroffen waren, weil die Bullen Schuldige für Angriffe auf unterdrückerische Jobcenter und Arbeitsargenturen sowie für eine Solidaritätsaktion mit der Revolte in der Türkei suchen. Wir finden diese Aktionen wichtig und richtig, egal wer sie gemacht hat!
Viel Kraft für Sonja Suder, die immer noch aufgrund ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber Staat und Justiz im Knast sitzt!

10. September: NPD Kandidaten angegriffen

Wir haben in der Nacht vom 10.09. zum 11.09. die Kandidaten der NPD in Hamburg besucht:

Otto Peter Adler, Haakestraße 49, 21075 Hamburg
Helmut Saß, Nordschleswigerstraße 2, 22049 Hamburg
Wolfgang Möller, Leverkusenstraße 7, 22761 Hamburg
Helmut Dörlitz, Wexstraße 26, 20355 Hamburg

Wir haben ihre Wohnhäuser mit Farbe gekennzeichnet, ihre Fenster geditscht und z.T. Parolen hinterlassen. Wir werden auch weiterhin ihre rassistische Hetze und ihre mörderische Ideologie nicht hinnehmen. Nazi-Strukturen angreifen, Konzerte und Aufmärsche verhindern, Kader outen und ihnen auf die Pelle rücken.
Keine Ruhe den Theoretikern und Praktikern des Faschismus.

13. September: Unangemeldeter Umzug

gegen Gefahrengebiete und rassistische Kontrollen durchs Schanzenviertel

Heute, am 13.09.2013, zogen ungefähr 60 Menschen lautstark und vermummt durch Hamburgs neuestes Gefahrengebiet, das Schanzenviertel.

Seit dem 1. Juni ist die Gegend um die „Rote Flora" und den Schanzenpark zum sogenannten Gefahrengebiet erklärt worden. Seitdem werden verstärkt, regelmäßig und zum großen Teil rassistische Kontrollen durchgeführt. Diese haben mittlerweile schon zu über 200 Platzve rweisen geführt.
Diese Zustände wollen wir nicht ohne Widerspruch hinnehmen und Gefahrengebiete gefährden. Wir finden es daher wichtig, auf unterschiedlichen Ebenen aktiv zu werden, um der ganzen Scheiße Widerstand entgegenzusetzen. Während des Umzugs wurden Plakate geklebt, mehrere Hundert Flyer verteilt und Parolen gesprüht. Außerdem wurden Feuerwerk und Rauch gezündet. Nachdem der Umzug seinen angedachten Weg durch Viertel genommen hatte, löste sich dieser selbstbestimmt an der S-Bahnstation Sternschanze auf. Die alarmierte, aber deutlich zu spät gekommene, Einsatzhundertschaft sowie zahlreiche Zivis streiften noch einige Zeit planlos durch die Straßen.

Für vielfältige Aktionen gegen eine Stadt der Autoritäten und Kontrollen! - Hamburg unsicher machen!

Mitte September: „Haus Rissen" angegriffen

Letzte Nacht haben wir das sogenannte „Haus Rissen" an der Rissener Landstraße mit Farbe und Steinen als Kriegsprofiteur markiert.

Schon seit den sechziger Jahren leistet das Bildungszentrum seinen Beitrag zur Schulung der Mörder von morgen und rühmt sich selbst für seinen Einsatz für die Kriegsmaschinerie.

In zurzeit zweimonatlichen Lehrgängen werden Unteroffiziere in Geostrategie und Internationalen Krisenszenarien geschult. Schließlich sollen die, die in aller Welt kämpfen, wissen, warum es sich für Staat und Kapital zu sterben und zu töten lohnt. Die zivil-militärische Infrastruktur in Form von militärischer Forschung und Lehre sind die Vorbereitung und Absicherung aller kommenden Kriege. In den Be-



: DOKUMENTATION : :



reichen der Medien, Kultur, Bildung, Forschung und Wissenschaft kommt es zu einer verstärkten Kooperation ziviler Träger und einer massiv in den öffentlichen Raum drängenden Bundeswehr. Dem stellen wir uns entgegen.

Mit Aktionen, Blockaden und Sabotage hat die antimilitaristische Bewegung an Schwung gewonnen. Ansatzpunkte zur militanten Intervention finden sich in Hamburg genügend und da sollten wir ansetzen. Lasst uns die Kriege sabotieren, wo sie geplant, finanziert und vorbereitet werden.

-Krieg beginnt hier, stoppen wir ihn hier!-

26. September: Kristall – Perlenkette zerbeißen

Am 26. September 2013, zwei Tage vor dem bundesweiten Aktionstag „Keine Profite mit der Miete" haben wir mit Steinen und Farbflaschen ein paar Zacken in den „Kristallwohnturm" in der Großen Elbstraße in Hamburg gebissen. Die zur Sichtbehinderung auf der Straße eingesetzten „Rauchbomben" lösten einen Brandmelder im Hochhaus aus.

Vor dem Gebäude wurden Flugzettel mit den Parolen: „Rote Flora bleibt - Häuser besetzen - autonome Projekte verteidigen - Investore_innenträume platzen lassen und Wohnraum für alle und zwar umsonst" hinterlassen.

Der über 70 Meter hohe „Kristall", von der Hamburger Morgenpost „Millionärsturm" genannt, bietet im Verkaufssprech in 37 Luxuswohnungen auf 20 Etagen „Lebensqualität auf höchstem Niveau". Keine Wohnung ist unter einer Million Euro zu haben - das Penthouse wurde für ca. 6 Millionen Euro angeboten.

Für die Investor_innen ist dieser Wohnkomplex der „Diamant in Hamburgs Perlenkette", für uns stellt er ein obszönes Symbol offensiv im öffentlichen Raum zur Schau gestellten Reichtums dar. Die Große Elbstraße und ihre Verlängerung Neumühlen haben sich seit den 80ern aus einer abgerockten, zwielichtigen Gegend, geprägt von Industriebrachen und Abbruchhäusern, zu einer der Visitenkarten Hamburgs entwickelt. Nun reihen sich Glaspaläste von Reedereien, Rüstungsunternehmen, Immobilienfirmen, Luxusaltersheimen, Kreuzfahrtterminals, Eirichtungshäuser des gehobenen Segments und Gourmettempel aneinander. Die Große Elbstraße mit Preisen von 15.000 Euro pro QM zählt in den Bewertungen der Immobilienbranche zu den Hotspots Hamburgs und ganz Deutschland. Nur einige Wohnstraßen in München, auf Sylt und um die Alster toppen noch das Preisniveau vom Hafenrand.
Im Falle einer Eskalation um die Rote Flora schlagen wir vor, nicht nur das Hamburger Schanzenviertel als Kampfterrain zu nutzen, sondern die Konfrontation in die Wohnviertel des Hamburger Establishments, nach Pöseldorf, in die Walddörfer und Elbvororte zu tragen. Das gleiche gilt selbstverständlich, wenn sich die Angriffe auf die „Lampedusa-Flüchtlinge" verschärfen sollten.

Rote Flora bleibt! - no border no nation - stop deportation - Perlenkette zerreißen!

Anfang Oktober: SPD-Büro angegriffen

Um den Druck auf den Senat zu erhöhen wurde letzte Woche das SPD-Büro in HH-Wilhelmsburg mit Farbe verschönert!
Bleiberecht für Alle! - Rassismus bekämpfen! - Geflüchtete bleiben!

18. Oktober: Alles angegriffen

Am Abend des 18.10. fand ein unkontrollierter Spaziergang von St. Pauli in die Schanze statt. Mit Transpi, Parolen, Plakaten, Flyern, Graffiti, Steinen und Hämmern haben ca. 80 Menschen ihre Wut gegen Gefahrengebiete, rassistische Kontrollen, die Abschiebemaschinerie und diese Verhältnisse auf die Straße getragen. Die ein oder andere Bank und Geschäfte haben Glasbruch erlitten und an den Wänden können Parolen gegen die Abschiebemaschinerie und den Staat gelesen werden. Mit Eintreffen der Bullen hat sich der Spaziergang aufgelöst.

Gegen die Autoritäten und ihre Stadt! Für ein unkontrolliertes Leben ohne Herrschaft für alle!

19. Oktober: Alsterhaus angegriffen

Nach einer spontanen Versammlungen in der Innenstadt, stürmte eine Gruppe von 70 Leuten um 16.35 Uhr das Alsterhaus. Sie warfen Regale um und zerstörten dabei Taschen und Parfüm-Flaschen und Türen. Der Schaden beläuft sich auf schätzungsweise 6000 Euro.

20. Oktober: Zentrale Ausländerbehörde angegriffen

(Siehe Seite 13)

23. Oktober: Kampf dem Faschismus

Am 23.10.2013 haben wir die Nazianwältin Gisa Pahl, Dahlengrund 55e, Hamburg zu Hause besucht.

Wir haben ihr Haus mit Steinen und Farbe beworfen, auf der Straße haben wir einen Reifen verbrannt.



DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION

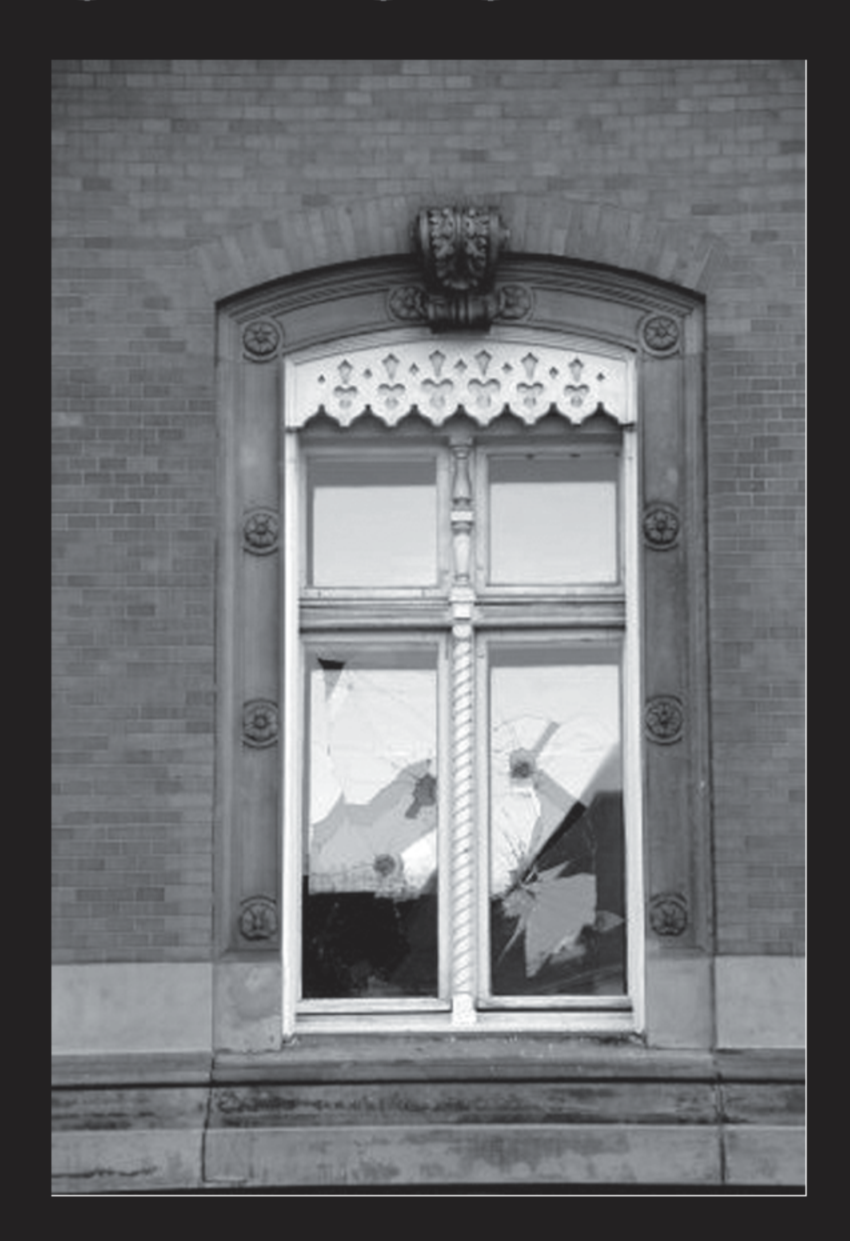
Pahl ist seit langem einen bundesweit aktiv führende Nazi-Anwältin, die sich auf Versammlungs-, Presse- und Inkassorecht spezialisiert hat.

Eine Zeitlang war sie in der Kanzlei des verstorbenen Jürgen Rieger tätig. Sie verfügt über zahlreiche Kontakte zu den freien Kameradschaften und NPD, so auch zum Nazi-Netzwerk „Thüringer Heimatschutz“ und Ralf Wohlleben, einem der Angeklagten im Münchner NSU-Prozess. Uwe Böhnhardt nahm im Oktober 1997 an einer von Pahl geleiteten Rechtsschulung teil, in der abgebrannten Wohnung des NSU in Zwickau wurde eine Liste gefunden, auf der das von Pahl initiierte „Deutsche Rechtsbüro“ stand, das überregional Nazis berät und vor Gericht vertritt.

Auch der Frontmann der Nazi-Band „Gigi und die braune Stadtmusikanten“ Daniel Giese ließ sich von ihr ein Rechtsgutachten erstellen für seine 2010 erschienene CD „Adolf Hitler lebt“. Im darauf befindlichen Song „Döner-Killer“ werden offen die Opfer des NSU-Terrors verhöhnt. Giese wurde denn auch im Dezember 2012 wegen Volksverhetzung und Billigung von Straftaten verurteilt - da nützte ihm auch Pahls Rechtsgutachten nichts.
Pahl war Mitglied im „Bund Heimattreuer Jugend“ (heute „Freibund“), einem Sammelbecken von Alt- und Jungs-Nazis wie Jürgen Rieger, Naziterrorist Heinz Lembke, Neonaziterrorist Odfried Hepp u.a.

Gestalten wie Gisa Pahl sollen wissen, das wir im Kampf gegen alte und neue Nazis nicht ruhen werden!

Kampf dem Faschismus mit allen Mitteln!





24. Oktober: Bundeswehr angegriffen

Am 24.10. haben wir vor den Hafenhäusern einen Bundeswehrbulli mit Farbe & Steinen angegriffen.

War starts here – lets stop it here!

Broken Glass - Die Google-Datenbrille

Ein Aufruf zum Übergriff

Wir rufen auf zu einer Kampagne gegen die unfreiwillige Datenspende durch Datenbrillen im „öffentlichen" Raum:
Wenn wir unserem Gegenüber in der Bahn oder auf der Straße die Google-Brille absetzen, zündet die Diskussion um unfreiwillige Datenweitergabe von Bild-, Video- und Tonaufzeichnungen und deren Verknüpfung mit im Internet über uns auffindbare Informationen vermutlich von selbst.
Wir schlagen vor, die voraussichtlich smarten Herren und Damen mit der „Google-Glass" im Gesicht von der Seite! anzumachen und aufzufordern, ihre Daten-Brille umgehend wegzupacken. Ziel ist es, mit alltäglicher und schwungvoller Konfrontation den rücksichtslosen Techno-TrendsetterInnen ihr 24h-Dasein als Googles unbezahlte DatensammlerInnen unattraktiv zu machen und die öffentliche Debatte um die Erfassung persönlicher Daten zu befeuern.
Die Ideenverbreitung und Methodenentwicklung der Kampagne soll vor Markteinführung der „Google-Glass" in Deutschland beginnen, um rechtzeitig wirksam werden zu können. Derzeit werden nur wenige Tausend Exemplare von Googles Datenbrille an Software-EntwicklerInnen und an Zeitungs- und Fernseh-Redaktionen herausgegeben. Anfang 2014 wird Google-Glass in den USA der Masse zur Verfügung stehen. Die Markteinführung in Europa ist noch im gleichen Jahr angestrebt.

Der Zug ist längst abgefahren - Videoaufzeichnung ist doch nichts neues!

Wir wissen, dass es unzählige fest installierte Kameras im quasi-öffentlichen Raum gibt und uns zukünftig mobile Kameras in Form von Drohnen auch außerhalb von Demos drohen. Wir wissen auch, dass täglich Millionen von Smartphones und Tablets zum Wild-in-die-Menge-Fotografieren genutzt werden.
Für uns kein einleuchtender Grund, uns nicht gegen weitere und vor allem sehr direkte Formen von Ton-, Bild- und Videoaufzeichnungen in Bahnen, Kneipen, Schulen, Unis, Bilbliotheken, Einkaufszentren, Sportstätten und auf der Straße zu wehren. Wir sind auch nicht damit zufrieden, wenn Google der kritischen Öffentlichkeit ein Lämpchen an der Brille zugestehen würde, dass bei Aufzeichnung leuchtet.
Wir haben einfach keine Lust, als Aufzeichnungsgegenstand in Googles verknüpfungsreichem Datenbestand zu landen und jedem Technotrottel ungefragt Informationen zu unserer Identität offenzulegen. Letzteres ist tatsächlich eine „neue" Qualität von Datenbrillen, die erst durch deren einfache und für die Umgebung nicht ersichtliche, permanente Erfassung von Personen im Visier des Bebrillten möglich wird. Schwer vorstellbar, dass uns eine Person mit gezückter Smartphone-Kamera über Minuten hinweg begleiten würde – mit der Brille kein Problem.

Wer trägt denn so was? – das sieht ja unglaublich blöd aus!

„Niemand, der einigermaßen bei Trost ist, läuft mit diesem Ding durch die Gegend." (FAZ, Okt 2013). Noch sieht es so aus, als würden nur Vollidioten oder technophile Nerds eine solche Brille kaufen wollen. Doch wir wären naiv zu glauben, das gelte auch Ende 2014 noch. Die Sogwirkung trendiger und mit der Zeit auch erschwinglicher Kommunikationshardware sollte nach den Erfahrungen mit Smartphones und Tablets nicht gering geschätzt werden. Niemand hat sich vor kurzem vorstellen können, dass sich Menschen freiwillig die derzeit neueste Generation Smartphones kaufen, deren Sensoren (zur Sprach- Blick- und Gestensteuerung) nicht mehr abschaltbar sind. Und niemand hat sich vor einigen Jahren vorstellen können, dass sich Leute riesige Tablets zum Telefonieren an den Kopf legen – auch das sah zu blöd aus. Und dennoch gehört es heute zum „normalen" Alltagsbild.

Die Funktionsweise von Google-Glass

Die Brille kann alles, was ein Smartphone prinzipiell auch kann, sie ist nur kein Smartphone, sondern eine Brille. Per „Wisch" am Brillenbügel, per Sprachbefehl oder per Augensensor lassen sich Ton und Video-aufnahmen mit der Datenbrille starten. Mit der richtigen App (einem ladbaren Programm für die Brille) reicht ein Augenzwinkern um die Fotofunktion auszulösen. Die Brille kann dann Informationen aus dem Internet zum Erblickten einblenden. Übertragen werden aufgezeichnete Daten an die cloud, also an Festplattenfarmen in Googles Rechenzentren – Auswertung der Daten durch Google inklusive!
Die Menschen nicht zu sehr verunsichern
Google beteuert, derzeit keine Gesichtserkennungssoftware für Google-Glass anbieten zu wollen.
„Die Google-Unternehmenspolitik bei vielen Dingen ist es, bis genau an die Grenze zu gehen, wo es den Leuten unheimlich wird, aber nicht darüber hinaus", so Eric Schmidt -Vorstandsvorsitzender von Google. Auf Nachfrage erklärt Google, die Entwicklung solcher Software durch Drittanbieter für das offene Android Betriebssystem nicht verhindern zu können. Und so ist diese strittige Software bereits verfügbar – Personen im Visier des Google-Bebrillten können direkt im Netz „gegoogelt" werden.
Die Strategie der Akzeptanzbeschaffung für Googles Datenbrille in Europa ähnelt der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, deren Funktionalität schrittweise ausgebaut wird. Während der Computerchip zu deren Einführung nicht viel mehr als die auf der Karte aufgedruckten Daten speichert, folgen nach und nach immer mehr sensible Daten bis hin zur vollständigen elektronischen Krankenakte. Für die langfristige Perspektive verweist Schmidt selbstbewusst auf die Kraft des Faktischen: Der Bürger müsse als Konsequenz einer zunehmenden Verbreitung von Datenbrillen zu einer „neuen sozialen Etikette" finden. Zu eben dieser Findung wollen wir mit unserer kleinen Kampagne beitragen.

Mehr als „nur" Überwachung

Bei vielen herrscht die Annahme vor, die digitale Totalerfassung sei in erster Linie repressiv motiviert. Tatsächlich jedoch treffen sich hier das Überwachungsinteresse der Schnüffelbehörden und unabhängig von ihm existierende ökonomische Interessen. Denn für die Mehrwertproduktion gewinnt die Zirkulationssphäre immer stärker an Bedeutung. Ein immer schnellerer und umfassenderer Informationsfluss, eine genauere Vorhersagbarkeit von Bedürfnissen und Absatzmöglichkeiten sorgen für eine beschleunigte Wertschöpfung. Genau das ist das Kapital von Unternehmen wie facebook und Google, deren Algorithmen aus einer Vielzahl individueller Alltagsdaten nicht nur treffende Prognosen über unser zukünftiges Verhalten errechnen, sondern sich uns dabei als persönlicher, smart manipulativer Lebensbegleiter andienen. Sich der kapitalistischen Erfassung und Verwertung aller Lebensregungen zu verweigern, ist damit ein „Störfaktor", der über den reinen Überwachungscharakter der Datensammelei hinausreicht.

Autokameras filmen Tag und Nacht

Seit einigen Monaten gibt es sie auch in deutschen Elektronikmärkten. Sogenannte dash-cams - kleine und sehr billige Autokameras zur Daueraufzeichnung, die hinter der Windschutzscheibe im Auto angebracht werden, um das Verkehrsgeschehen während der Fahrt bzw. die Umgebung des abgestellten Fahrzeugs aufzuzeichnen. Per Infrarotkamera auch nachts! Wenn die Speicherkarte voll ist, wird sie wieder von vorne beschrieben.

kick glassholes !smash dash - cams !

Antiatom

Es gibt viel zu tun!
Vom 18.-20.10 fand im Centro sociale die bundesweite Anti-Atom-Herbstkonferenz statt.

„Feels like Atomaustieg“, so könnte mensch die aktuelle atompolitische Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung und den mainstream medien zusammen fassen. Ganz im Gegensatz dazu steht die aktuelle Bestandsaufnahme der Anti-Atom-Bewegung. In Drei großen Strängen, Atommüll, Urantransporte und Internationales, wurde während der Anti-Atom-Herbstkonferenz drei Tage lang darum gerungen und diskutiert wie die atompolitische Situation aus Sicht der Bewegung einzuschätzen sei.
Mit weit über 100 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet, Polen, Frankreich und Indien, war die Konferenz nicht nur inhaltlich, sondern auch bewegungstechnisch ein Erfolg. Neben 15 workshops gab es eine Reihe organisatorischer Absprachen, und konkreter Schritte die verabredet wurden.
Im Atommüllpanel lag der aktuelle „Sorgenbericht“ der Endlagerstandorte vor, die im vergangenen halben Jahr eine halbe Stelle finanziert hatten, um bundesweit auch den vielen kleinen Atommülllagern nachzuspühren, die auch von der Bewegung über die Jahre vergessen wurden. Das Ergebnis ist erschreckend, denn es gibt viel mehr Atommüll, an z.T. abstrusen Orten, als wir uns bislang vorgestellt hatten. Dazu wird es sicherlich in einer der kommenden Ausgaben eine ausführlichere Darstellung geben. Bislang ebenso unterbelichtet waren die Probleme, die beim Abriss der AKW auftauchen. Gerade die Initiativen aus Baden-Würtemberg und Hessen haben sich in diese Thematik eingearbeitet und sind entsetzt darüber, mit welchen Tricks die Gefahren des Rückbaus heruntergespielt werden.

Die Quintessenz aus diesem Panel lässt sich mit dem Slogan „ Radioaktivität lässt sich nicht abschalten“ zusammen fassen. Neben der Verabredung der Standortinitiativen bei diesem Thema am Ball zu bleiben, erarbeiteten die Endlagerstandorte einen Fahrplan, um alle möglichen in Zukunft benannten Endlagerstandorte schon jetzt über die Gefahren der Endlagerung zu informieren, und den Widerstand möglichst breit aufzustellen. Auch dazu an anderer Stelle mehr.

„Spread the news“ war auch das Ergebnis der internationalen workshops über den geplanten Uranabbau in Mali, das Atomprogramm in Indien und die Neubauprojekte in Osteuropa. Solidarität mit den AktivistInnen dort besteht zum großen Teil darin, die von ihnen erarbeiteten Positionen und Berichte bei uns zu verbreiten und weniger in schlauen Tips aus Westdeutschland. Utlich wird dies wenn mensch sich vor Augen führt, dass der Widerstand in Indien an Zahl und Militanz ein Niveau erreicht, an das wir in der brd uns nur aus den 70er Jahren erinnern können, und bei noch 9 laufenden AKWs hier zu Lande sollte mensch nicht mit dem Finger auf Polen zeigen, wo es noch keines gibt, und nur zwei geplant sind. Wie eine Vernetzung der bundesdeutschen Gruppen, als Sprachrohr des internationalen Widerstandes aussehen kann soll Anfang Februar auf einer eigenen Konferenz in Kassel geklärt werden. Auch hierzu (z.B. Beginn der Probebohrungen in Lubiatowo / Polen) wird hier gesondert zu berichten sein.



Der Dritte Diskussionsstrang, die Urantransporte, war gerade den Hamburger Gruppen ein wichtiges Anliegen. Der Brand auf der Atlantic Cartier am 1.Mai diesen Jahres hat auch einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht, wie brandaktuell das Thema Atomtransporte auch nach dem vermeintlichen Atomausstieg noch ist. In mehreren workshops wurde sich zum einen den technischen Details aber auch der „Logik“ dieser Transporte genähert, die ja jeden dritten Tag in Hamburg stattfinden.
Und als ob die Transporteure der Reederei NSC dieses noch unterstreichen wollten, kam es während der Konferenz zu einem schweren Unfall in der Ostsee, der durch die Hamburger Recherchegruppe aufgedeckt wurde. Die mit Uranhexafluorid beladene Michael Lomonosov kollidierte auf der Höhe Rügens mitten in der Nacht mit einer britischen Jacht, die daraufhin von einem Seenotrettungskreuzer geborgen werden musste. Ohne auch nur das Tempo zu drosseln fuhr der Atomfrachter einfach weiter, und schlug am Montag morgen seine radioaktive Fracht im Hamburger Hafen um. Wieder einmal ist es gerade so gut gegangen, den durch die kleine Jacht hatte der Frachter keinen Schaden genommen. Doch die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem solchen Unfall mit größeren schiffen kommt ist auf dem Nordostseekanal, des am dichtest befahrenen Seeweges in Europa nicht so klein wie immer dargestellt.
Noch während der Konferenz fanden mindestens zwei weitere Atomtransporte durch den Hamburger Hafen statt, die beobachtet werden konnten. Mit dem Treffen der Bewegung in Hamburg, an dem auch französische AktivistInnen teil nahmen, ist zumindest der organisatorische Rahmen geschaffen um Aktionen gegen diese Transporte zu organisieren.

Fukushima, Atomwaffen in der BRD, Aneignung von Energienetzen und die Vernetzung der Gruppen insgesamt waren weitere Themen auf der Konferenz die deutlich machten, dass weder das deutsche Atomprogramm, noch die Bewegung dagegen am Ende sind.

Es gibt viel zu tun –
achtet auf Ankündigungen.

Urteilsverkündung im RZ-Prozess gegen Sonja in Frankfurt (Main)

Bildet revolutionäre Fahrgemeinschaften!

Am 12. November wird das Landgericht Frankfurt (Main) nach über einem Jahr Prozess das Urteil gegen Sonja Suder verkünden. Diesen Moment wollen wir auf keinen Fall verpassen und rufen zu revolutionären Fahrgemeinschaften auf, um gemeinsam unsere Solidarität zu zeigen.

Sonja ist angeklagt, als Mitglied der Revolutionären Zellen/Rote Zora (RZ) 1977 und 1978 an Anschlägen beteiligt gewesen zu sein. Ebenso soll sie 1975 Waffen für den Angriff auf die OPEC-Konferenz in Wien transportiert haben. Das Gericht wird sich besonders auf die in sich widersprüchlichen Aussagen des Kronzeugen Hans-Joachim Kleins stützen. Dabei wird es weiterhin ignorieren, dass ein anderes Landgericht Klein bereits vor Jahren als nicht vertrauenswürdig eingestuft hat. Dem Gericht ist es auch egal, dass ein französischer Bulle bei seiner Zeugenbefragung vor ein paar Wochen Klein erneut als Lügner entlarvt hat und Sonja somit entlastet hat. Vielmehr wird das Gericht ohne Skrupel die unter folterähnlichen Zuständen erzwungenen Aussagen von Hermann F. verwenden. Dabei war es dem Gericht egal, ob Hermann, der 1978 schwer verletzt den Bullen ausgeliefert war, durch seine erneute Zeugenvorladung im Prozess retraumatisiert werden könnte. Die Haltung von Sonja selbst wie auch von der für mehrere Monate in Beugehaft gezwungene Zeugin Sybille B. jedoch wird sie für ihr Urteil nutzen. Beide haben jegliche Zusammenarbeit verweigert. Auch deshalb rufen wir auf, am Tag der Urteilsverkündung in Frankfurt laut und deutlich mit der mittlerweile ältesten U-Haft-Gefangenen Europas solidarisch zu sein.

Jahrzehntelang hatte der Staat versucht, Christian (dessen Verfahren vorübergehend eingestellt ist) und Sonja aus Frankreich nach Deutschland ausliefern zu lassen. Zwei Jahre Untersuchungshaft hat Sonja seit der Auslieferung mit Hilfe des neuen Europäischen Haftbefehls hinter sich. All das macht klar: Sonja soll möglichst hoch verurteilt werden. Dabei geht es auch um die Deutungshoheit linker Geschichte.
Das Gericht sendet damit ein deutliches Signal an heutige soziale Kämpfe: Der Staat vergisst nicht!

Wir auch nicht! Solidarität ist eine Waffe! Kommt zur Kundgebung nach Frankfurt am 12. November, ab 9 Uhr, vor dem Landgericht Frankfurt.

Freiheit für Sonja!!!



Regelmässige Termine in der Flora

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr, Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) - Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum

Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr

Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr

Bildet revolutionäre Fahrgemeinschaften...

Kommt zur Urteilsverkündung gegen Sonja Suder nach FFM
am 12. November um 9 Uhr

Landgericht Frankfurt - Gerichtsstraße 2 - Frankfurt am Main

Solidarität ist eine Waffe!!!

RZ

Bundesweite Demo 21.12.13

Selbstorganisierung statt Repression! Refugee-Bleiberecht, Esso-Häuser & Rote Flora durchsetzen!



Demonstration
Samstag | 2. November | 14 Uhr
Hamburg-Hauptbahnhof | Hachmannplatz

Weitere Information und Unterstützungskampagne auf:
www.lampedusa-in-hamburg.org

SUPPORT YOUR LOCAL DEALER!

Unsere Öffnungszeiten	Montag und Dienstag: 15 Uhr bis 18:30 Uhr Donnerstag und Freitag: 15 Uhr bis 19 Uhr
Cis-Männer-freien Tag	1. und 3. Mittwoch: 15 bis 18 Uhr 2. und 4. Mittwoch: 15 bis 19 Uhr
Gefangenen-Soliwerkstatt	jeden 1.Donnerstag: 15 bis 18:30 Uhr
Offene Selbsthilfegruppe	jeden 2. und 4. Sonntag: 19:00 bis 20:30 Uhr
Offene Sprechstunde out of action	jeden 1. und 3. Mittwoch, 18:30 bis 20:00 Uhr

Adresse und Kontakt:
Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Mail: schwarzmarkt@riseup.net, Telefon: 040/44 60 95

